

47. (außerordentliche) Sitzung

am Donnerstag, dem 8. November 2001

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	. 3451
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	3451
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung	. 3451

Misstrauensantrag gegen den Senator für Wirtschaft und Häfen, Senator Josef Hattig

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
und von Abgeordneten der Fraktionen der
SPD und der CDU
vom 31. Oktober 2001
(Drucksache 15/872)

Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	3452
Abg. Eckhoff (CDU)	3457
Abg. Böhrnsen (SPD)	3462
Abg. Tittmann (DVU)	3465
Bürgermeister Dr. Scherf	3467
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	3471
Abg. Tittmann (DVU)	3475
Abstimmung	3475

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Arnold-Cramer

Schriftführerin Hannken

Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.02 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 47. – außerordentliche – Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Meine Damen und Herren, am 31. Oktober 2001 haben die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Abgeordnete der Fraktionen der SPD und der CDU gemäß Artikel 88 Absatz 2 der Bremischen Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 16 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung beantragt. Der Vorstand der Bürgerschaft hat daraufhin am 1. November 2001 die außerordentliche Sitzung für den heutigen Tag einberufen.

Die Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Bericht des Petitionsausschusses Nr. 35 vom 1. November 2001 (Drucksache 15/868)
2. Gesetz zur Änderung der Bremischen Kostenordnung
Mitteilung des Senats vom 6. November 2001 (Drucksache 15/873)
3. Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 1999 (Mitteilung des Senat vom 24. Oktober 2000 – Drucksache 15/507), zum Jahresbericht 2001 des Rechnungshofs (Drucksache 15/654 vom 12. März 2001), zum Ergänzungsbericht (Drucksache 15/812 vom 4. September 2001), zur Mitteilung des Senats vom 23. Oktober 2001 (Drucksache 15/862) und zu den Bemerkungen des Rechnungshofs vom 25. Oktober 2001 (Drucksache 15/867) vom 7. November 2001 (Drucksache 15/874)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Sitzung am 28./29. November 2001.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Entwicklung der Ersatzfreiheitsstrafen im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. September 2001
D a z u
Antwort des Senats vom 30. Oktober 2001 (Drucksache 15/870)

2. Bedeutung der niederdeutschen Sprache im Lande Bremen (C)

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 26. September 2001

D a z u

Antwort des Senats vom 30. Oktober 2001 (Drucksache 15/871)

3. Wiedergutmachung für Vandalismus in öffentlichen Verkehrsmitteln

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 26. September 2001

4. Verwendung der Mittel aus dem Regionalisierungsgesetz

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Oktober 2001

III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Schreiben von Frau Margret und Herrn Fred Reichel zum Dauerwohnrecht im Kleingartengebiet Walle.
2. Schreiben des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmer e. V. (bdo) mit Reaktionen auf die Fachpräsentation „Sicherer Schulweg“.

Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden. (D)

Meine Damen und Herren, interfraktionell wurde Folgendes vereinbart: Für die Aussprache ist für den jeweils ersten Redner einer Fraktion verlängerte Redezeit von bis zu 30 Minuten vorgesehen, danach wird nach Geschäftsordnung verfahren. Die ersten Redner erhalten in der Reihenfolge Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD das Wort.

Es ist vereinbart, dass die Abstimmung geheim in Kabinen erfolgt. Das Verfahren richtet sich analog nach Paragraph 58 Absätze 5 und 6 der Geschäftsordnung.

Meine Damen und Herren, wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(A) **Misstrauensantrag gegen den Senator für
Wirtschaft und Häfen, Senator Josef Hattig**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
und von Abgeordneten der Fraktionen der
SPD und der CDU
vom 31. Oktober 2001
(Drucksache 15/872)

Der am 31. Oktober 2001 eingegangene Misstrauensantrag ist von allen Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Abgeordneten der Fraktionen der SPD und der CDU unterzeichnet und allen Abgeordneten und dem Senat am gleichen Tag mitgeteilt worden. Er hat insofern die in Artikel 110 Absatz 2 der Landesverfassung aufgeführten Erfordernisse für einen Antrag, einem Mitglied des Senats das Vertrauen zu entziehen, erfüllt.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *):
Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Misstrauensantrag gegen den Senator für Wirtschaft und Häfen, Herrn Josef Hattig, eingebracht. Die Gründe für das Misstrauensvotum sind folgende: Die große Koalition, das Wirtschaftsressort und damit der damalige Wirtschaftsminister, Herr Perschau, und der damalige Wirtschaftsstaatsrat, Herr Haller, haben mit der Entscheidung von 1996 für ein Großmusical in Bremen eine politische Fehlentscheidung getroffen, und Herr Senator Hattig hat mit der Entscheidung für die Fortführung nach „Jekyll and Hyde“ diesen Fehler nicht geheilt, sondern ihn fortgeführt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, die große Koalition, das Wirtschaftsressort insbesondere, hat dieses Musical immer als eine privatwirtschaftliche Lösung verkauft. Das war eine Täuschung der Öffentlichkeit und des Parlaments, und um zu verschleiern, dass es nur mit großen Subventionen geht, haben Sie das Parlament schlecht beziehungsweise teilweise gar nicht oder aber zu spät informiert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber wir kritisieren nicht nur die Nichtinformationspolitik, die wiederholt und systematisch angewandt wurde, sondern wir kritisieren auch, dass das Wirtschaftsressort einen eklatanten Mangel an politischem Gespür für wirklich tragfähige Projekte in Bremen hat. Ich darf Sie an die überdimensionier-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

ten Fehlplanungen für den Ocean-Park erinnern, die Sie dann nach vielen Jahren korrigieren mussten. Ich darf Sie an die anfänglich viel zu große Planung für das Rhodarium erinnern, die zum Glück mit Hilfe der SPD korrigiert worden ist. Ich darf Sie an die ursprüngliche Finanzplanung für die Rennbahn erinnern, bei der es dann hinterher auf Druck von uns und der SPD doch gelungen ist, mehr private Investoren zu gewinnen.

Wir haben es hier mit einer Fehlentscheidung zu tun und mit dem Versuch, diese Fehlentscheidungen im Fall des Großmusicals zu vertuschen. Das Parlament wurde nicht ausreichend informiert, um parlamentarische Kontrolle möglich zu machen, und das, wie gesagt, wiederholt und mit System. Herr Senator Hattig, Sie haben kein angemessenes Verständnis von parlamentarischer Demokratie.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Immer wieder habe ich in den letzten Jahren in der Wirtschaftsdeputation und in den Wirtschaftsförderungsausschüssen die Erfahrung gemacht, dass Sie zeitnahe und detailgenaue Informationen für Kassandrapolitik halten und dass Sie nach wie vor als ein Mann der Wirtschaft nicht verstanden haben, was politischen Stil in einer Demokratie auszeichnet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Also, Nichtinformationspolitik und Irreführung des Parlaments ist das eine, aber der andere Punkt, den wir kritisieren, ist, dass Sie Günstlingswirtschaft betreiben. Dazu später mehr! Jetzt erst einmal ein kleiner Einblick in die Geschichte der Nichtinformation!

Meine Damen und Herren, hätten die Grünen nicht schon im letzten Sommer etliche Vorgänge um „Jekyll and Hyde“ an das Licht der Öffentlichkeit geholt, hätten Sie im Wirtschaftsressort versucht, diese für Sie unangenehmen Zahlen und Informationen verdeckt zu halten. Ich möchte aus einem Interview meiner Kollegin Eva-Maria Lemke-Schulte vom 28. August 2000 zitieren, und zwar Radio Bremen, „Rundschau am Abend“, es ging um die Liquiditätsprobleme des Musicals „Jekyll and Hyde“. Frau Lemke-Schulte sagt da: „Voraussetzung für die Weiterfinanzierung des Musicals sei ein tragfähiges Sanierungs- und Zukunftskonzept“,

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Richtig!)

und das liegt eben mitnichten vor. Die Vorlagen, die uns vorliegen, lassen viel mehr Fragen offen, als dass sie Fragen beantworten.

So war es eben immer, viel mehr Fragen, wenn man die Deputationsunterlagen gelesen hatte, als Antworten! Weiter Frau Lemke-Schulte: „Es hat vor

(C)

(B)

(D)

(A) allem keine Kontrolle stattgefunden bei den Zuständigen, weder beim zuständigen Wirtschaftsminister noch bei der Hanseatischen Veranstaltungsgesellschaft.“ Soweit Frau Lemke-Schulte, sie hatte einfach Recht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt möchte ich Ihnen gern einige Zitate aus einer sehr illustren Sitzung des Aufsichtsrats der Hanseatischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen vom 23. Juni 2000 in Erinnerung rufen. Versammelt waren alle wichtigen Staatsräte in diesen Angelegenheiten, der Staatsrat Finanzen, Herr Dr. Dannemann, der Staatsrat Wirtschaft, Herr Dr. Färber, und der Staatsrat des Bauressorts, Herr Logemann, sowie hochrangige Beamte. Zitat aus dem Protokoll:

„Herr Dr. Dannemann bittet um Sachaufklärung über die in der Startphase des Musicals beschlossenen Zuschüsse und die Höhe der von der Hanseatischen Veranstaltungsgesellschaft beziehungsweise dem Wirtschaftsressort daraus geleisteten Zahlungen. Frau Rüpke“ – eine Mitarbeiterin – „erklärt, der öffentliche Beitrag betrage insgesamt rund drei Millionen DM per anno. Nach Auffassung von Herrn Dr. Dannemann weicht dieser Sachverhalt von den bisherigen Schilderungen der Hanseatischen Veranstaltungsgesellschaft ab.“

(B) (Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört, hört!)

Hört, hört! Weiter dann: „Herr Timm“ – Abteilungsleiter Wirtschaft – „erklärt, von diesen Tatsachen ebenfalls keine Ahnung gehabt zu haben.“

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach was!)

Herr Holtermann erkundigt sich, wie sich die derzeitige Situation mit den Auskünften des Senats gegenüber der Bremischen Bürgerschaft in Einklang bringen lasse, wonach die Auslastung des Musicals bis zu 80 Prozent betragen habe. Herr Dr. Färber bestätigt die Richtigkeit dieser Aussagen. Man habe dabei die Anzahl der verkauften Karten als primäre Schlüsselgröße im Auge gehabt. Die Ausgabenseite sei dabei nicht berücksichtigt worden.“

Ach nein, meine Damen und Herren, das verwundert mich wirklich! Sie sind doch Wirtschaftsfachleute, die rechnen können und müssen und für die Einnahmen das Entscheidende sind, zumindest sein sollten. Nur abgegebene Eintrittskarten zu zählen, ohne die Einnahmen zu berücksichtigen, das ist doch das, was Sie den Kulturleuten immer vorwerfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich stelle Ihnen die Frage: Wer kann hier eigentlich nicht mit Geld umgehen? (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann: „Herr Keller“ – der Chef der Bremischen Investitions-Gesellschaft – „stellt ergänzend klar, dass die Einnahmenseite hinsichtlich der Stimmigkeit des Kartenpreises bisher nicht ausreichend geprüft worden sei.“ So, so! Herr Dr. Dannemann stellt dann noch fest, dass das bisherige Controlling über die Entwicklung von „Jekyll and Hyde“ nicht ausreichend sei. Man kann nur sagen, da hatte er Recht. Wie wahr, welche Erkenntnisse der Aufsichtsgremien! Nur, welche Konsequenzen resultierten daraus?

Da hört es sich öffentlich schon ganz anders an. Noch einmal Radio Bremen, diesmal „Rundschau am Mittag“ vom 4. August 2000, da heißt es: „Und immer, wenn Kritik am Management, an Finanzierung und Verträgen laut wird, wie gestern von den Grünen in Bremen, die interne Papiere auf den Tisch gelegt haben,“ – das müssen wir ja, andere Informationen bekommen wir ja nicht – „gibt es neuen Ärger. Das Wirtschaftsressort hat gestern alle Kritik zurückgewiesen und vor einer weiteren Diskreditierung des regionalwirtschaftlich erfolgreichen Musicals gewarnt.“

Ja, meine Damen und Herren, so ist das hier in den letzten Jahren gelaufen. Die Koalition leistet sich solche Pannen, wir als Opposition legen den Finger in die Wunde, was, ehrlich gesagt, unsere Aufgabe ist, und dann schreien die für die Pannen Verantwortlichen, die Grünen würden den Standort schädigen! Auch hier frage ich Sie: Wer schädigt eigentlich den Standort mit seinen wirtschaftspolitischen Fehleinschätzungen? (D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Haben wir etwa verkündet, man könnte hier ein privatwirtschaftlich betriebenes Musical spielen? Nein! Es hat zwar 1994 eine Prüfung gegeben, auch in Ampelzeiten, aber die Entscheidung, die 1996 getroffen wurde, ist gegen unsere Stimmen getroffen worden. Das aber so zu verkünden, es ginge privatwirtschaftlich, war Ihre Entscheidung, und das waren Sie mit Ihrer Großmannssucht.

Ich möchte Sie an einen Brief des Wirtschaftsstaatsrats Haller vom 4. März 1997 erinnern. Es ist ein Brief an seinen Kollegen Herrn Dr. Dannemann. Zitat: „Das Fehlen einer solchen Musicalspielstätte stellt ein erhebliches Problem für die notwendige Belegung des Städtetourismus in Bremen dar, weil, wie viele nationale und internationale Städtebeispiele zeigen, ein so genanntes Großmusical noch auf viele Jahre hin einen unverzichtbaren Bestandteil eines leistungsfähigen touristischen Paketangebotes darstellt.“

(A) Herr Haller weiter: „In dem beigefügten Musical-Bremen-Vertragswerk“, das Ihnen allen in den letzten Tagen wieder in Erinnerung gerufen worden ist, „ist eine meines Erachtens günstige privatwirtschaftliche Lösung für die Erstellung eines Musicaltheaters erarbeitet worden.“ Meine Damen und Herren, Herr Haller dann weiter an den geschätzten Kollegen Dannemann: „Produktion und Betrieb des Musicals erfolgen hierbei ausschließlich privatwirtschaftlich.“

Ich stelle also fest, das Wirtschaftsressort, damals Herr Perschau und Herr Haller, hat dieses Großmusical gepusht, wo es nur konnte. Die Koalition, die Abgeordneten von SPD und CDU, hat alles immer brav abgenickt.

Dazu noch eine Kostprobe aus der Vorlage für die Wirtschaftsförderungsausschüsse vom 30. August 2000! Das Wirtschaftsressort hat in seiner Eigenart, alles schönzurechnen, folgende Prognosen abgegeben, immerhin hat man auch eine Worst-Case-Berechnung gemacht, die ich Ihnen jetzt vorlese: „Für den hier betrachteten Worst-Case-Fall besuchen über 20 Jahre 4,03 Millionen Personen das Musical am Richtweg. Der Zuschuss pro Besucher liegt bei 23,52 DM. Der Gegenwartswert der Kosten beläuft sich auf 70,6 Millionen DM, der Nutzen auf 75,5 Millionen DM, so dass auch für diesen extremen Fall“ – völlig undenkbar! – „immer noch ein Überschuss des Nutzens über die Kosten von 4,9 Millionen DM zu verzeichnen wäre.“

(B) Das war die Prognose, meine Damen und Herren, der Sie alle gern geglaubt haben, kommen die Zahlen doch immer mit Unterstützung des BAW zustande, des so geschätzten Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung.

Jetzt haben wir – wir sind nun ein bisschen weiter, und hinterher ist man immer schlauer, hoffentlich auch Sie – den Abschlussbericht von „Jekyll and Hyde“ vorliegen. Er ist auch besonders illuster, weil er erst auf meine dringende Anforderung überhaupt zustande kam. Glauben Sie aber nicht, dass wir diesen schriftlichen Bericht wie jede andere Deputationsvorlage zu Beginn der Sitzung oder sogar vorher verschickt bekommen hätten! Nein, erst als der Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde, wurde der schriftliche Bericht verteilt, damit wir ihn bloß vorher nicht lesen können.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist wie beim Vulkan!)

So geht es hier zu. Dann stellt man in diesem Abschlussbericht fest, weil es eine finanz- und wirtschaftskraftstärkende Maßnahme sein sollte mit diesem Großmusical, dass es Bremen in diesen ersten eininhalb Jahren unter dem Strich bei allen Steuerrückflüssen leider eine Million DM mehr gekostet hat, als man Einnahmen gemacht hat. Das sind die Fakten. Also: keine wirtschafts- und finanzkraftstär-

kende Investition! Das haben Sie allerdings immer behauptet, aber Ihre eigenen Zahlen haben bewiesen, dass das nicht stimmt.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle noch einmal fest: Die Berechnungen über die finanzwirtschaftlichen Effekte waren geschönt, ausgehend von Prognosen und Berechnungen des BAW, des Bremer Instituts, dem jetzt der Exwirtschaftsstaatsrat Haller vorsteht. Das sind keine seriösen Gutachten, sondern Gefälligkeitszahlen.

Finden Sie eigentlich immer noch, meine Damen und Herren von der Koalition, dass Herr Haller seinen wirtschaftspolitischen Heiligenschein zu Recht trägt? Wir sagen entschieden nein! Er hat einiges an Missentscheidungen zu verantworten: vor etlichen Jahren auf dem ehemaligen AG-„Weser“-Gelände die Grunau-Pleite, die verfehlte Daewoo-Ansiedlung, die überdimensionierte Planung für den Ocean-Park, der Rhodariumsplan und so weiter. Ich frage Sie: Was muss Ihnen eigentlich noch an Missgriffen passieren, um hier endlich einmal politische und persönliche Konsequenzen zu ziehen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt schauen wir uns einmal an, was Bremen in das Musical bisher alles hineingesteckt hat. Sie erinnern sich, die damaligen Musical-Betreiber, die Herren Jarosch und Bücheler aus Hamburg, hatten dann, kurz bevor es anfangen sollte, auch nichts mehr auf der Naht, und deswegen musste gleich zu Beginn nachgebuttert werden. Statt 45 Millionen DM musste das Darlehen dann 54,5 Millionen DM hoch sein, dann wurde ein grandioser Vertrag gemacht, das Risiko trägt die Stadt, je geringer die Auslastung, desto mehr muss Bremen bezahlen, und der private Unternehmer hat es einfach besser. Diesen Vertrag haben wir nicht mitgemacht. Ich darf Sie erinnern, einzig der Kollege Detmar Leo von der SPD hat diesen für Bremen so ungünstigen Vertrag kritisiert. Alle anderen haben dieses unglaubliche Vertragswerk abgenickt.

(D)

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer hat den denn ausgehandelt?)

Dann gab es im letzten Sommer die so genannte Rettungsbeihilfe von 12,04 Millionen DM für „Jekyll and Hyde“. Die Hanseatische Veranstaltungsgesellschaft hat bisher für nicht erzielte Mieterlöse 5,535 Millionen DM bezahlt und, auch das ist interessant, die Bremer Tourismuszentrale und die Hanseatische Veranstaltungsgesellschaft haben für das Marketing einmal die BTZ 1,4 Millionen DM und die HVG 0,9 Millionen DM bezahlt. Auch das sind damit direkte Mittel für das Musical. Alles zusam-

- (A) men kommen wir auf rund 80 Millionen DM, die bisher in das Musical geflossen sind.

Das, meine Damen und Herren, nennt sich dann in Bremen neoliberale Politik à la Perschau, Haller und Hattig. Neoliberal steht darauf, und purer Staatsinterventionismus ist darin.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was lernen die verantwortlichen Politiker dieser Stadt eigentlich daraus?

Unser Controlling ging dann weiter. Ich darf Sie erinnern, das ist alles noch nicht lange her, 18. Oktober dieses Jahres, einmal wieder Wirtschaftsförderungsausschüsse, unter dem Punkt Verschiedenes: Die Abgeordnete Trüpel will wissen, wie es um das Musical „Hair“ steht, was mit den Verträgen von Schulenberg ist, weil es gerade Pressenotizen gab. Eine richtige Antwort bekomme ich nicht, sondern mir wird nur beschieden über den Abteilungsleiter, dass es keinen Handlungsbedarf gäbe, und außerdem würde es sich um eine rein privatwirtschaftliche Lösung handeln.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Mittlerweile ist aber bekannt, dass es schon einen Brief gab von dem Unternehmer Klaus-Peter Schulenberg an den geschätzten Wirtschaftssenator, datiert vom 4. Oktober, Eingangsstempel 8. Oktober, in dem er um unterstützende Maßnahmen, alles zusammen genommen dieses und nächstes Jahr acht Millionen DM, gebeten hat. Nichts davon haben wir in der entscheidenden Sitzung erfahren. Ich habe dann mit Unterstützung von Frau Lemke-Schulte darum gebeten, dass wir wenigstens in der nächsten Sitzung die Controllingzahlen der HVG bekommen. Dann aber überstürzten sich die Ereignisse, und wir stehen vor dem Millionengrab Musical. Wir haben es zu tun mit einer Verschwendung von Steuergeldern, weil Sie den Glauben an eine überdimensionierte Tourismusstrategie hatten und kein Gespür für adäquate Projekte.

Jetzt komme ich zur Günstlingswirtschaft des Herrn Senator Hattig und zu der, wie ich es nennen möchte, Schulenberg-Connection! Der Wirtschaftssenator Hattig und die ihm untergebenen stadteigenen Gesellschaften haben den Unternehmer Klaus-Peter Schulenberg besonders vorteilhaft bedient. Das Ticket-Service-Center wurde – und es gab einen Brief von Herrn Schulenberg an das Wirtschaftsressort, das TSC doch bitte kaufen zu können – für nur 1 365 000 DM verkauft.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine lächerliche Summe!)

Das Contrescarpe-Grundstück, das auch die BLG gern haben wollte, um ein Eingangsportal für die

BLG bauen zu können – sie hatte immerhin acht bis neun Millionen DM geboten –: Herr Schulenberg bekam das Grundstück für 5,5 Millionen DM. Herr Schulenberg wollte da ursprünglich kein Musical machen, aber die Stadt wollte gern, dass ein zweites Musical da läuft, das heißt, Sie haben das mit Ihrer politischen Entscheidung zu verantworten, dass wir diese zweite Musicalpleite haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will Ihnen einmal sagen, ob man Kaufleute korrekt behandelt und damit an den Standort bindet, dafür bin ich allerdings sehr, oder ob man ihnen Sonderkonditionen einräumt, ist doch ein großer Unterschied.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das, was hier zwischen dem Wirtschaftssenator Hattig und dem Unternehmer Klaus-Peter Schulenberg passiert ist, ist CDU-Filz in unserer Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das, was hier passiert ist, stinkt! Ich darf Sie nur einmal daran erinnern, dass es offensichtlich doch nicht nur Männerfreundschaften, sondern politische Seilschaften sind, die hier die Politik bestimmen. Etliche Personaltauschgeschichten zwischen Beck's und jetzt KPS sprechen auch dafür, dass die Kontakte hier mehr als innig sind. Das ist Wirtschaftspolitik nach Gutsherrenart wie bei Herrn Haller bei der Trainingsrennbahn. Wenn einer seine eigenen Hobbys dazu nutzt, sich aus der Staatskasse schnell zu bedienen, hat das mit seriöser Politik nichts mehr zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, jetzt darf man gespannt sein, was die Stadt das Abenteuer mit dem Musical noch kosten wird. Der Koalitionskompromiss, zehn Millionen DM für Stadtmarketing zu bewilligen, ist ein reiner Koalitionserhaltungsbeschluss! Die SPD, das werden wir gleich hören, darf sich jetzt feiern, sie sei hart geblieben. Wie hart sie bleibt, werden wir in den nächsten Wochen und Monaten sehen, wenn es darum geht, ob Herr Schulenberg noch eigenes Geld in die Hand nimmt, um das Musical weiter zu spielen, ob er aus „Hair“ und dem Theater am Richtweg aussteigt, wie das Anschlusskonzept aussehen wird, das wird auch Geld kosten, und wie teuer es dann für die Stadt und damit für den Steuerzahler werden wird.

Das andere Problem ist: Behält Herr Schulenberg die Immobilie, dieses Theaterhaus, spielt seine eigenen Veranstaltungen, und andere Einrichtungen wie die Glocke, Pier 2 und die Stadthalle werden

(C)

(D)

(A) kannibalisiert! Ist es das, was Sie wollen? Wir stellen fest, die Geschichte um dieses Pleitemusical ist noch nicht zu Ende.

Meine Damen und Herren von der SPD, wir kündigen Ihnen hier aber Kooperationsbereitschaft an. Wenn Sie endlich bereit sind, genauer hinzuschauen und das Wirtschaftsressort zu kontrollieren, kann das der Beginn einer wunderbaren Zusammenarbeit sein!

(Heiterkeit – Abg. P f l u g r a d t [CDU]:
Ein schönes Koalitionsangebot!)

Die CDU und die SPD dürfen sich jetzt beide rühmen, zehn Millionen DM für Stadtmarketing ausgeben zu dürfen. Ich darf Sie einmal an Folgendes erinnern: Wissen Sie noch, wie im letzten oder im vorletzten Jahr die Kulturszene gekämpft hat, um den Etat, weil es einen Fehler gegeben hat bei den Koalitionsverhandlungen, um neun Millionen DM zu heben? Acht Monate größter Auseinandersetzung in der Stadt, und jetzt werden einmal eben by the way zehn Millionen DM für Stadtmarketing beschlossen. So geht es hier, und so unterschiedlich sind die Maßstäbe und die politischen Möglichkeiten, je nachdem, welche Interessen Sie gerade haben oder wie Sie versuchen, Ihre Fehler zu bemänteln.

(B) Wer soll Ihnen eigentlich die Seriosität Ihrer Politik noch abnehmen? Sie waren als Wirtschaftskompetenz- und Sanierungscoalition angetreten. Dieser Ruf, meine Damen und Herren, hat schweren Schaden genommen. Der Lack ist einfach ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Haben Sie gehört, wie die Menschen in Bremen auf der Straße nach dem so genannten Koalitionskompromiss geredet haben, wie sie gehöhnt haben über den Ausweg für Helden, der Verschwendung von Steuergeldern noch mehr Millionen hinterherzuwerfen? Kennen Sie die Leserbriefseiten, auf denen empörte Bürger ihrem Ärger über die falsche Wirtschaftspolitik Luft machen?

Die Regierung will es immer noch nicht einsehen, dass die Musicalentscheidung zu spät und damit falsch war. Der Musicalmarkt war, als Sie die Entscheidung getroffen haben, in Deutschland längst zusammengebrochen, aber Haller, Perschau und dann letztendlich auch Herr Hattig haben gegen alle Analyse und Vernunft dieses Projekt weiter vorangetrieben.

Der Musicalstandort, und das ist deutlich geworden, Bremen ist es nicht. Wenn man so etwas erreichen will, geht es nur mit erheblichen Subventionen. Die Koalition hat im letzten Jahr auf Neuanfang gesetzt, versprochen, dass alles besser werde, das Marketing, das Controlling, die Geschäftsführung, die dunkle Jahreszeit würde die Menschen ins Musical führen.

(C) Alle diese Kalküle sind nicht aufgegangen. Ich möchte jetzt feststellen, zu Beginn von „Hair“ ist auch nicht ausreichend Marketing gemacht worden. Man kann jetzt lange argwöhnen, ob das vielleicht aus Interesse von Herrn Schulenberg war, möglichst schnell wieder aus dem Musical herauszukommen, oder konnte er es nicht, weil er doch nicht so gut in dem Geschäft ist, wie es alle angenommen haben? Wie auch immer, das sind offene Fragen! Er hat ja angekündigt, dass diese Woche die Öffentlichkeit nach internen Beratungen informiert werden wird, wie es nun weitergehen soll.

Ich möchte Ihnen noch einmal sagen, Herr Schulenberg war ja nach seiner Pressekonferenz der Einzige, der deutlich gesagt hat, dass dieses Musical Subventionen braucht, aber ich möchte noch einmal betonen, die Wirtschaftspolitik Bremens wird nicht auf dem Sofa von Herrn Schulenberg gemacht und auch nicht in Vier-Augen-Gesprächen mit dem Wirtschaftssenator. Dafür gibt es Gremien, vor allem die parlamentarischen Gremien, und wir legen entschiedenen Wert darauf, dass diese wichtigen Informationen da verhandelt werden, nicht aber bei Privataudienzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Sie haben Bremen in ein teures Abenteuer gestürzt. Wir waren nicht in der Lage, sondern nur durch Hintergrundinformationen, wirklich jeweils zeitnah zu erkennen, wie der Stand der Dinge ist. Aus unserer Sicht haben Sie ein falsches Spiel getrieben. Sie haben der Öffentlichkeit bis zuletzt immer wieder vorgegaukelt, es sei eine privatwirtschaftliche Lösung, die es nun mit Sicherheit nicht ist, wie wir inzwischen wissen. Aber Ihnen galt jede parlamentarische Nachfrage als inopportun.

Der Koalitionskompromiss, den Sie jetzt gefunden haben, ist eine Zangengeburt. Mehr noch, offensichtlich, wie man hörte, war er das Ergebnis einer extremen Unterdrucksetzung. Nur mit der Rücktrittsdrohung des Bürgermeisters Dr. Scherf wurde so ein Druck erzeugt, die Koalition noch einmal zusammenzuzwingen, um damit die eigenen Fehler, Versäumnisse und Verschwendungen zu decken.

Meine Damen und Herren, da schlägt die Stärke eines populären Bürgermeisters in die Schwäche für den Standort um, weil so alle Fehler gedeckt werden können, die Risse notdürftig gekittet werden. Aber Sie werden über die Verwerfungen dieser Koalitionskrise nicht so schnell hinwegkommen. Das Thema bleibt. Es ist nicht erledigt, und gleich in den nächsten Sitzungen wird es weitergehen mit den Fragen, was denn nun wirklich passiert und was es Bremen kosten wird. Nur Ihre fette Mehrheit, meine Damen und Herren, hat es Ihnen erlaubt, über Ihre Pannen zu triumphieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) **Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies war die Welt von Frau Dr. Trüpel und Bündnis 90/Die Grünen, die sie uns gerade vorgetragen hat,

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Die findet aber in der Stadt ziemlich viel Resonanz!)

die Scheinwelt, die sie zur Kenntnis nimmt, und ich werde Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt noch einmal deutlich sagen, wie die Realität tatsächlich ist nach sechs Jahren Politik der großen Koalition, Politik von CDU und SPD hier in Bremen, wie sich heute tatsächlich insgesamt die Situation in unseren beiden Städten entwickelt hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir heute über ein Misstrauensvotum reden, so hatte man bei Ihrer Rede, Frau Dr. Trüpel, den Eindruck, Sie reden von einem Misstrauensvotum gegen einen Musical-Senator. Wir reden aber insgesamt über Wirtschaftspolitik,

(Abg. Frau **D r . T r ü p e l** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir auch!)

(B) über Häfenpolitik, und da gibt es eine sehr erfolgreiche Ausgangslage, über die wir uns heute unterhalten können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau **S t a h m a n n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit solchen Scheuklappen gehen Sie durch die Welt!)

Sie haben Ihren eigenen Lebensweg eben gut beschrieben, Frau Stahmann! Mit solchen Scheuklappen gehen Sie durch die Welt!

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, nach sechs Jahren Arbeit der großen Koalition in Bremen kann insgesamt ein positives Urteil über die Wirtschaftspolitik gezogen werden. Schauen wir uns die Zahlen und die Fakten an! Im letzten Kalenderjahr, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind in Bremen 8000 neue Arbeitsplätze entstanden. Die Arbeitslosenquote, so konnten wir gerade für den Oktober nachlesen, die Zahlen sind gerade vorgestern veröffentlicht worden, hat sich in Bremen gegen den Bundestrend entwickelt. Die Arbeitslosenquote ist in Deutschland von 8,9 Prozent auf 9,0 Prozent gestiegen. In Bremen sank sie von 12,2 Prozent auf 12,1

*) Vom Redner nicht überprüft.

Prozent. Dies ist ein Beleg für unsere erfolgreiche Wirtschaftspolitik in Bremen, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Schauen Sie sich die Zahlen an! In der Stadt Bremen haben wir mit 10,4 Prozent die geringste Arbeitslosenquote im Oktober seit 1994, seit den Zeiten, in denen Sie hier Regierungsverantwortung hatten, meine Damen und Herren von den Grünen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man sich dazu zum Beispiel auch die Pressemitteilungen der letzten Tage anschaut, so kann man feststellen, ich will eine vorlesen, welche Kriterien definiert werden. Die Handelskammer von gestern: „Aus Sicht der Handelskammer ist dies auch ein Ergebnis der erfolgreichen und verlässlichen Wirtschaftspolitik in Bremen und des seit einigen Jahren forcierten Strukturwandels.“ Nehmen Sie die Realität zur Kenntnis, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen!

(Beifall bei der CDU)

Die Arbeitsplätze, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist das, was die Menschen in unseren beiden Städten tatsächlich interessiert, und da gehen die Zahlen nach oben, und zwar deutlich nach oben, aber nicht nach unten. Das ist die Politik der großen Koalition!

Aber nicht nur die Arbeitsmarktdaten sind positiv. Wir können uns auch über die Entwicklung des Bruttosozialprodukts unterhalten. Im Jahr 2000 der vierte Platz aller Bundesländer mit einem Wachstum von 3,3 Prozent, 2001, die Entwicklung im ersten Halbjahr, ist Bremen wieder an vierter Stelle mit einem Wachstum von 1,5 Prozent. Dies sind positive Fakten.

Wir können weitermachen, sehr geehrte Damen und Herren. Es gab gerade eine Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, DIHK. Dort ist die Situation in den einzelnen Bundesländern verglichen worden. Auch das sind Fakten. Vergleichen wir einmal die Unternehmen in Bremen mit den anderen norddeutschen Ländern! Zugegeben, die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind zurzeit nicht die besten, aber Sie müssen sich den Optimismus anschauen, der nach wie vor auch in Bremen die Lage kennzeichnet. Die Geschäftslage insgesamt bezeichnen 24 Prozent der Unternehmen in Bremen als gut, das ist Platz eins aller Bundesländer. Die Exporterwartungen sind gesunken im Vergleich zum Herbst, 20 Prozent, Platz drei der Bundesländer im Norden. Beschäftigungspläne, höher oder gleich, 73 Prozent, Platz drei der Länder, die Erwartungen für die Zukunft, besser, 42 Prozent

(C)

(D)

(A) in Bremen, Platz eins der Bundesländer, Investitionspläne, Bremen höher, 28 Prozent, Platz eins der Bundesländer!

Meine Damen und Herren, wenn wir uns über ein Misstrauensvotum gegen den federführenden Senator für Wirtschaft und Häfen unterhalten, dann müssen Sie auch diese Fakten zur Kenntnis nehmen. Darüber wollen Sie natürlich nicht reden.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, zusammengefasst heißt das, Aufbruch und Optimismus gibt es in der Wirtschaft wie auch bei den Bürgern in Bremen und Bremerhaven. Das Land Bremen ist nach sechs Jahren gemeinsamer Politik von SPD und CDU wieder selbstbewusst. Bremen geht sowohl nach innen als auch nach außen aufrecht, und das ist das Ergebnis der Politik der großen Koalition.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt auch, wir sind weiter in der Zielsetzung wie auch in der Durchführung in unseren Politikanstrengungen einig, auch wenn es in dem einen oder anderen Detail Meinungsunterschiede gibt, und ich sage, das ist auch gut so. Es wäre sehr merkwürdig, wenn zwei Volksparteien sich immer zu 100 Prozent einig wären, dann würde irgendetwas nicht stimmen. Dann könnten wir gleich eine Partei für den nächsten Wahlzettel machen. Das wollen wir nicht. Wir wollen unsere Eigenheiten behalten, und deswegen gibt es Kraftanstrengungen, aber die Stärke der großen Koalition ist, dass wir uns bisher immer geeinigt haben!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Übrigens, ich weiß, Sie können das nicht hören, wir könnten das auch fortsetzen, wenn wir die einzelnen Bereiche nehmen.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Kommen Sie einmal zur Sache!)

Ich komme gleich zur Sache, keine Sorge, Herr Dr. Güldner, zu Ihrer Sache komme ich gleich! Das hier ist die Sache der Menschen in Bremen und Bremerhaven!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen jetzt nicht die ganzen Zahlen aus den einzelnen Bereichen noch einmal erklären. Ich möchte nur einen Begriff noch einmal nennen, Bauwirtschaft. Auch das ist im Moment ein sehr schwieriger Bereich. Wenn Sie sich den Auftragszugang Januar bis Juli bei der Bremer Bauwirtschaft anschauen, beträgt er plus 18,2 Prozent. Das sind

Frühindikatoren für die Entwicklung in der nächsten Zeit, und auch dies ist ein positives Resümee, das wir aus diesen Zahlen ziehen können.

(C)

Sehr geehrte Damen und Herren, zu investieren heißt immer, Risiken abzuwägen. Investitionen sind Risiko und keine Versicherungspolice, verehrte Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen.

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat auch keiner gesagt!)

Wer viel entscheidet, der riskiert mehr als der, der ständig nein sagt. Bei Ihrem Verhalten in den letzten sechs Jahren zeigt es allein schon die Wahrscheinlichkeitsrechnung, dass Sie bei Ihrem dauernden Neinsagen auch einmal einen Treffer landen können, das ist doch selbstverständlich, und diesen Treffer haben Sie anscheinend jetzt nach Ihrem Gefühl einmal gelandet.

Ich möchte nicht auf die ganzen einzelnen Projekte eingehen. Gut in Erinnerung ist noch die Rede von Herrn Senator Hattig hier in der Bürgerschaft, als er uns die gesamten Projekte dargestellt hat, die die große Koalition tatsächlich bewegt hat. Das war auch eine Debatte, in der es um das Thema Musical ging. Ich möchte nur noch einmal im Bereich der Häfen- und Wirtschaftspolitik die Kernpunkte nennen: Baubeginn CT III a, Planungsbeginn CT IV, Einstieg in die norddeutsche Hafenkooperation, Programme im Bereich der Luft- und Raumfahrt, Hemeinger Tunnel, gemeinsam mit dem Bauressort, Technologiepark, Flughafen, Gründung der IUB, Erweiterung der Hochschule, Modernisierung der Innenstädte in Bremen und Bremerhaven, Ausbau der Fischereihafendoppelschleuse, Biotechnologiezentrum, Erschließung der Carl-Schurz-Kaserne, Bremen Ports und so weiter, aber auch die touristischen Projekte, über die Frau Trüpel heute kein Wort verloren hat!

(D)

Frau Trüpel, warum haben Sie hier nicht einmal über das Universum gesprochen, welche Erfolgsstory dieses Universum zum Beispiel mit sich bringt?

(Beifall bei der CDU)

Sie haben nicht über die Schlachte gesprochen, Sie haben nicht über die Verschönerung der Innenstadt gesprochen,

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind auch keine Rücktrittsgründe!)

nein, Sie haben ausschließlich über das Musical gesprochen. Das zeigt, wie eindimensional Sie hier tatsächlich Politik machen, sehr geehrte Damen und Herren von den Grünen.

(Beifall bei der CDU)

(A) Zum Musical! 1997 wurde das Musical positiv entschieden. 1993/94 gab es während der Ampelzeit diverse Gutachten. Sie kritisieren ja heute immer die Gutachten, die wir in Auftrag geben, insgesamt sind damals 700 000 DM für Gutachten aufgewandt worden. Die Ergebnisse konnte die Ampel nicht mehr auswerten, weil sie vorher Gott sei Dank an der „Piepmatz-Affäre“ auseinander gebrochen ist.

(Beifall bei der CDU)

Es gab diverse Angebote und diverse Überlegungen. Die wirtschaftliche Zielsetzung zur Entscheidung für das Musical hatte damals zwei Möglichkeiten, entweder man löste dieses Problem kameralistisch, das heißt, man finanziert den Bau komplett aus dem Haushalt, das führt zu einer entsprechend höheren Verschuldung, oder aber man versucht eine eigenwirtschaftliche Lösung, sprich in diesem Fall eine fremdfinanzierte Lösung.

Dies, sehr geehrte Damen und Herren, ist nichts Außergewöhnliches. Man entschied sich gemeinsam für die eigenwirtschaftliche. Man ging davon aus, in rund 20 Jahren Kapitaldienst und Tilgung das Investitionsvolumen in einer Größenordnung von zirka 55 Millionen DM entsprechend abzufinanzieren. Dies sollte insgesamt zumindest teilweise aus den Mieteinnahmen beziehungsweise den damit verbundenen Besucherzahlen erwirtschaftet werden. Es gab einen Zuschuss von 1,7 Millionen DM, der fest vereinbart wurde, und dann gab es entsprechende Garantien bis zu der Summe von 4,4 Millionen DM, die ja seit einigen Wochen hier häufiger im Gespräch ist.

(B) Sehr geehrte Damen und Herren, man muss sagen, das war eine sehr optimistische Lösung, heute könnte man wahrscheinlich einschätzen, eine zu optimistische Lösung. Trotzdem, diese Lösung, die damals gewählt wurde, auch in der Verbindung einen erfolgreichen Betrieb zu organisieren, ist noch immer besser, auch vor der Situation, vor der wir uns heute befinden, als wenn wir damals dies komplett aus dem Haushalt finanziert hätten. Insofern handelt es sich um keinen außergewöhnlichen Vorgang.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn Sie sich dann einmal anschauen, wie es mit den Musicalstandorten in Deutschland oder aber zum Beispiel auch in anderen Städten Europas aussieht, finden Sie insgesamt, auch dies ist Fakt, keinen Standort, der nicht in irgendeiner Form den Musicals tatsächlich Subventionen zuteil werden lässt. Dies sind teilweise Finanzierung von Umbau beziehungsweise Renovierung, wie es in Oberhausen und München der Fall war, eine mietfreie Nutzung von städtischen Grundstücken und Gebäuden, zum Beispiel in Füs-

sen, Stuttgart oder aber auch Hamburg. Ich könnte Ihnen dies noch einmal detailliert vortragen.

(C)

Faktum ist auf jeden Fall, an jedem anderen Musicalstandort gibt es Kooperationen, und dort beteiligt sich die öffentliche Hand tatsächlich in irgendeiner Form, ob über die Frage des Marketings, ob über die Überlassung von Grundstücken, ob über die Überlassung von Gebäuden, ob über die Sanierung von Gebäuden et cetera, überall, an jedem Musicalstandort ist dies so, und wir müssen heute erkennen, dass wir auch in Bremen diesen Weg zu optimistisch eingeschlagen haben, liebe Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen.

Aber wenn Sie sich das anschauen und noch einmal die Geschichte von „Jekyll and Hyde“ betrachten, so muss man feststellen, dass auch dort die Antworten in dem Bericht gegeben worden sind, der neulich der Wirtschaftsdeputation vorgelegt wurde. Frau Dr. Trüpel, Sie haben vergessen zu sagen, dass dieser Bericht in der nächsten Sitzung noch einmal aufgerufen wurde. Sie haben so getan, als ob Sie gar keine Gelegenheit hatten, noch einmal über diesen Bericht zu sprechen.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Habe ich nicht!)

Doch, Sie haben den Eindruck erweckt!

In der nächsten Wirtschaftsdeputationssitzung ist über diesen Bericht tatsächlich ausführlich gesprochen worden. Sie haben die Möglichkeit gehabt, Nachfragen zum Bericht zu stellen.

(D)

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die
Grünen]: Aber keine Antwort bekommen!)

Die Antworten stehen im Bericht, Herr Dr. Güldner. Sie hätten ihn nur einmal lesen müssen, bevor Sie solche Zwischenrufe machen!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte nicht weiter auf die Einzelheiten eingehen. Insgesamt wurden rund 18 Millionen DM an Steuergeldern für „Jekyll and Hyde“ aufgewandt, insbesondere auch in der Zeit, um die Insolvenz zu vermeiden. Dem Aufwand stand eine wirtschaftliche Gegenleistung in einer Größenordnung von zirka 17 Millionen DM gegenüber. Die wirtschaftliche Bilanz des Musicals „Jekyll and Hyde“ ist also quasi ausgeglichen.

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/
Die Grünen])

Herr Dr. Kuhn, das ist Ihre realistische Politik. Sie sind nicht einmal mehr in der Lage, Fakten entge-

(A) genzunehmen. Aber ich will mit Ihnen über Fakten sprechen!

(Beifall bei der CDU)

Bei einer jährlichen Kapitaldienstleistung von 4,4 Millionen DM ist es somit auch unsere Aufgabe, dieses Theater, und das sage ich ganz deutlich, in Betrieb zu halten. Im Frühjahr dieses Jahres gab es dann eine unternehmerische Lösung, und auch dort ist festzuhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, die KPS-Gruppe wie auch das Musical „Hair“ hat bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Steuergelder erhalten, und das wird auch zukünftig so bleiben. Alles andere, was Sie machen, ist Legendenbildung, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Bremen hat seine Verpflichtung aus dem ursprünglichen Musicalvertrag, Standortmarketing in einer Größenordnung von fünf Millionen DM zu erbringen, auch tatsächlich erbracht. Standortmarketing heißt nicht Musicalmarketing. Jetzt, zwei Monate später, ist offensichtlich eine Überschuldung der privaten Betreibergesellschaft gegeben. Auch diese hat offensichtlich ihre Vertragsverpflichtungen, nämlich zirka fünf Millionen DM einzusetzen, mit einer Größenordnung von knapp sechs Millionen DM erfüllt. Aus diesem Grund haben die Betreiber ein außerordentliches Kündigungsrecht zum Musicalmietvertrag. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Insbesondere liegen sie wohl auch dieses Mal wieder bei sehr hohen Produktionskosten im Zusammenhang mit einer Etablierung einer solchen Musicalproduktion und einem doch nach wie vor sehr starken Wettbewerb am Musicalmarkt.

Sehr geehrte Damen und Herren, diese Entscheidung, wie man damit umgeht, hat in den nächsten Wochen der Betreiber des Musicals zu treffen. Ich hoffe, dass es eine positive Entscheidung für eine Bespielung von „Hair“ bis zum ursprünglichen Zeitpunkt, bis zum 30. Juni 2002 wird. Wenn allerdings nicht, so ist dies eine unternehmerische Entscheidung, die wir zu respektieren haben. Daraus, sehr geehrte Frau Dr. Trüpel, dem Wirtschaftssenator einen Vorwurf zu machen beziehungsweise Misstrauen daraus zu konstruieren, ist leider der völlig falsche politische Weg.

(Beifall bei der CDU)

Ich fand gerade interessant, Frau Dr. Trüpel, diese kleine Zwischenbemerkung vielleicht doch noch, was Sie gesagt haben! Ich habe genau zugehört.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hoffe ich doch!)

Sie waren offensichtlich von Herrn Schulenberg im Vorfeld darüber informiert worden, was auf die Stadt zukommt. Ich habe von Ihnen zumindest keine Gegendarstellung gelesen. Ich habe von Herrn Böhrsen eine Stellungnahme gelesen über die Gespräche, die er mit Herrn Schulenberg geführt hat. Ich habe selbst dazu erklärt, dass ich mit Herrn Schulenberg vor der Vertragsunterzeichnung darüber gar nicht gesprochen habe. Die Einzige, vom dem ich nichts gesehen habe, sind Sie, Frau Dr. Trüpel, und das fand ich gerade schon sehr spannend, dass Sie offensichtlich genau wussten, wohin die Reise gehen soll, aber dies leider vorher nicht deutlich gesagt haben.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Eckhoff, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel?

Abg. **Eckhoff** (CDU): Sonst immer gern, aber ich komme sonst mit meiner Redezeit nicht hin! Aber da ja jeder weiß, dass wir uns häufiger einmal unterhalten, können wir das auch über dieses Thema gern machen.

(Heiterkeit)

Sehr geehrte Damen und Herren, was bleibt festzustellen? Insgesamt bleibt festzustellen, dass Bremen mehr für das Standortmarketing machen muss. Hamburg wendet insgesamt für das Marketing für den Standort Hamburg zirka 100 Millionen DM auf. Hamburg ist ein bisschen größer, das gestehe ich zu, und wenn ich es in das Größenverhältnis setzen würde, müssten wir allerdings zirka 40 Millionen aufwenden. Wir haben bisher im Bereich Bremen-Marketing, dazu kommt noch ein bisschen BTZ et cetera, eine Größenordnung, zieht man alles zusammen, von knapp zehn Millionen DM aufgewandt.

Wir wollen dies jetzt deutlich erhöhen, und zwar um zehn Millionen DM aufstocken. Dies ist ein richtiger Beschluss des Koalitionsausschusses, denn nur, wenn man draußen auch über die guten Taten spricht, bekommen es die Leute außerhalb dieser Stadt und der Landesgrenze mit, und das muss das Ziel unserer Politik sein, dass noch vermehrt insgesamt ein Tourismusmarketing stattfindet, dass die Leute regelmäßig hierher kommen und noch häufiger hier übernachten, als es in den letzten Jahren der Fall war.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Einen Bereich fand ich sehr interessant, das sage ich auch ganz deutlich, das ist natürlich auch das Musical. Es macht überhaupt keinen Sinn, sozusagen für alles zu werben, und nur, weil es Wunsch vom Bündnis 90/Die Grünen ist, das Musical außen

(C)

(D)

(A) vor zu lassen. Aber es ist, um es ganz deutlich zu sagen, auch an die Kollegen der SPD, ein Baustein des Standortmarketings und nicht der Baustein des Standortmarketings hier in Bremen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Aber wenn Sie die Leserbriefe ansprechen, dann haben Sie sich sicherlich auch die Internetseite der Bremer Tageszeitungen AG angeschaut, Frau Dr. Trüpel. Dort war das sehr interessant. Dort gab es auch eine Umfrage zum Thema Musical. Die „Weser-Kurier“-Berichterstattung war ja deutlich, und meistens gehen dann ja auch die Leser der Zeitung auf diese Internetseite und beteiligen sich. Es waren über 10 000 Teilnehmer an dieser Umfrage.

(Abg. Frau D r . Tr ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: 3360!)

Ich habe eine andere Zahl gehört, aber wir wollen uns nicht streiten. Sagen wir, es waren einige tausend! Frau Dr. Trüpel gibt mir das gerade, das ist nett, Sie haben es dabei, aber sagen es nicht, aber es ist nett, dass Sie es mir geben, dass ich es noch einmal sagen kann, es waren 3360 Stimmabgaben.

(B) (Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die
Grünen]: Deshalb waren die Mitarbeiter
des Wirtschaftsressorts tagelang nicht zu er-
reichen!)

Da sieht man einfach, dass Sie so wenige Abgeordnete haben, dass Sie das nicht beeinflussen können, Frau Linnert!

(Beifall bei der CDU)

Da ist die Antwort, 53 Prozent, man höre und staune, sagen, natürlich muss Bremen einspringen, auch wenn zurzeit die Besucher nicht in Massen in das Musicaltheater strömen, kommen doch auch wieder bessere Zeiten, wenn das Marketing stimmt. Das sagen selbst die Leser der Bremer Tageszeitungen AG, und das ist die Realität. Das ist die schweigende Mehrheit selbst der Leser dieser Zeitung.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, aber auch dies muss noch einmal deutlich gesagt werden, das höhere Standortmarketing wird für alle touristischen Schwerpunkte eingesetzt, auch für das Musical. Wir müssen für die Zukunft festhalten, wenn wir und wenn unsere Tourismusprodukte insgesamt im Wettbewerb bestehen wollen, dann brauchen wir tatsächlich insgesamt ein verbessertes Marketing.

Wenn wir dies entsprechend hinbekommen, dann, glaube ich, wird auch das gesamte Tourismuskon-

zept, an das ich noch glaube, mit den einzelnen Facetten, wenn sie fertig sind, wenn nächstes Jahr der Space-Park eröffnet wird, wenn wir die gemeinsame Lösung des Rhodariums umsetzen, Botanika im Park,

(C)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die
Grünen]: Blühende Landschaften!)

wenn das Universum entsprechend weiter ausgebaut wird in einer zweiten Baustufe, seine volle Entfaltungskraft entwickeln, und dann werden wir – für Bremerhaven gilt das natürlich entsprechend – den Zuspruch bekommen, den wir auch schon ansatzweise gefunden haben.

Ich will nur sagen, die Übernachtungszahlen sind in sechs Jahren wegen erfolgreicher Politik der großen Koalition von 750 000 Übernachtungen auf 1,1 Millionen gestiegen. Auch dies ist ein Zeichen, dass Bremen wieder zur Kenntnis genommen und auch wieder besucht wird, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Zwei Bemerkungen noch zu den Vorwürfen der Grünen, und dann möchte ich noch zwei abschließende Sätze sagen! Zum einen, sehr geehrte Frau Dr. Trüpel, Sie haben gesagt, die Abgeordneten wurden permanent hintergangen, belogen, das haben Sie nicht gesagt.

(D)

(Abg. Frau D r . Tr ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Nein, habe ich nicht gesagt!)

Ich will noch einmal sagen, zu keinem Zeitpunkt haben Abgeordnete die notwendigen Informationen nicht erhalten.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die
Grünen]: Wer entscheidet denn, was not-
wendig ist?)

Im Gegenteil! Akteneinsicht wurde gewährt und auch von Teilen des Hauses entsprechend genutzt. Es ist eine Mär, wenn Sie sagen, Sie sind nicht richtig über den Kenntnisstand informiert gewesen, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Abg. T e i s e r
[CDU]: Wer nichts liest, kann auch nichts
wissen!)

Ich möchte noch einige abschließende Sätze zum Wirtschaftssenator sagen, um den es heute hier in dem Misstrauensvotum vom Bündnis 90/Die Grünen geht. Der Wirtschaftssenator ist ein erfahrener Unternehmer, der der Wirtschaft auch heute noch durch Aufsichtsratsmandate bei diversen namhaften Un-

(A) ternehmen verbunden ist. Er ist insgesamt ein angesehenere Mann, nicht nur in Bremen, sondern auch bundesweit, und deshalb ist es besonders wichtig für den Standort Bremen, dass wir einen solchen Mann in unserer Regierungsmannschaft haben, dass er positiv für Bremen und Bremerhaven werben und seine Verbindungen im positiven Sinne hier für den Standort nutzen kann. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir ihn heute mit einem deutlichen Votum ausstatten, sehr verehrte Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen, bei uns wird es 41 Mal die gleiche Stimme geben,

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD)

und ich bin gespannt, wie viele von Ihnen dazukommen.

Ich will auch deutlich sagen, Frau Linnert, Sie werden gleich wahrscheinlich auch noch ein paar Sätze sagen: Bei allem Recht der Opposition auf politische Auseinandersetzung, ich greife ja durchaus auch gern einmal zu härteren Worten, finde ich es nicht gut, wenn man den juristischen Begriff „Wiederholungstäter“, der eindeutig belegt ist, hier in Zusammenhang mit der Person des Wirtschaftssenators Josef Hattig bringt. Damit schaden Sie nicht nur der Person, sondern insbesondere auch dem Standort Bremen, liebe Frau Linnert. Ich hoffe, dass Sie das gleich relativieren.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Ich bin besonders froh, weil ich auch weiß, dass es für jemanden, der aus der Wirtschaft kommt, der die politischen Spielregeln vielleicht auch erst seit einigen Jahren kennen lernt, nicht immer einfach ist, solche Debatten wie heute tatsächlich zu ertragen, ich sage auch ganz deutlich „zu ertragen“. Trotzdem bin ich froh, dass jemand wie Josef Hattig gesagt hat, er ist zwar sportlich und läuft schnell, aber er läuft nicht weg. Vor diesem Hintergrund hoffe ich, dass wir ihm, sehr geehrte Damen und Herren, heute geschlossen von der Regierungskoalition das Vertrauen aussprechen. Wir als CDU sind auf jeden Fall stolz auf unseren Wirtschaftssenator. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Eckhoff hat zu Beginn seiner Rede die Leistungsbilanz der großen Koalition vorgetragen. Die kann ich in ihren positiven Aussagen nicht übertreffen. Deswegen will ich Wiederholungen vermeiden und wende mich dem Antrag der Opposition zu, Senator Hattig das Misstrauen auszusprechen. Ich sage am Beginn, Herr Kollege Eckhoff, da kann ich Sie übertreffen: Sie haben 41 Stimmen, wir einige mehr, und wir werden diesen Antrag geschlossen ablehnen.

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, bevor ich konkret zu diesem Antrag komme, muss ich zunächst diejenigen enttäuschen – und das sind ja nicht viele –, die hier heute von dieser Debatte etwas ganz anderes erwarten. Wir werden heute nicht das Ende der großen Koalition einläuten, wie es sich vielleicht die Opposition erhofft. Diese Koalition hat einen Regierungsauftrag, angelegt durch Wählervotum, beschlossen von den sie tragenden Parteien und besiegelt durch Koalitionsvertrag. Dieser Auftrag umfasst zeitlich die gesamte Legislaturperiode bis 2003 und inhaltlich die Fortsetzung der Sanierungspolitik mit dem Ziel eines verfassungskonformen Haushalts im Jahr 2005. In zeitlicher Hinsicht und in inhaltlicher Umsetzung sind wir an der Mitte angelangt, und von uns beabsichtigt keiner, zur Mitte dieser Legislaturperiode auszusteigen und die Verantwortung für die Zukunft unseres Landes abzugeben.

(D)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das hat, ich habe es schon gesagt, auch für die heutige Abstimmung Konsequenzen, denn in einer Koalition gehört es zu den Grundlagen der Zusammenarbeit, dass jeder Partner sein eigenes Personal bestimmt. Einen Senator des Koalitionspartners wählt man nicht ab ohne die Folge, dass damit die Koalition aufgekündigt ist. Nicht nur, aber auch deshalb wird Josef Hattig heute die Stimmen der SPD-Fraktion auf sich vereinigen können, weil die SPD ein verlässlicher Partner der Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Frau Dr. Trüpel, auch ein zweites Stück wird hier heute nicht gespielt: das Ende der Sanierungspolitik! Bremen, nicht die SPD oder die CDU, nicht der Senat oder die Bürgerschaft allein, nein, Bremen hat sich gegenüber dem Bund und den anderen Ländern zu etwas verpflichtet, als es um Hilfe ersuchen musste wegen einer unverschuldeten Haushaltsnotlage. Wir haben uns nicht nur verpflichtet, mit den Hilfsmilliarden Schulden abzubauen. Wir haben uns verpflichtet zu sparen und zu sanieren, und wir haben uns auch verpflichtet, in die Zukunft des Landes zu investieren,

(A) die Wirtschafts- und Steuerkraft des Landes zu steigern.

Die große Koalition hat am Anfang ihrer Regierungszeit die Entscheidung getroffen, den volkswirtschaftlich mittel- und langfristig messbaren Erfolg auch über Großprojekte zu erreichen. An der grundsätzlichen Weichenstellung Sparen und Investieren halten wir Sozialdemokraten fest. Allerdings hat sich die SPD-Fraktion zu Beginn dieser Legislaturperiode nach einer kritischen Bestandsaufnahme für eine Neujustierung in der zweiten Phase der Sanierungspolitik ausgesprochen, um jetzt sofort in die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Stadt investieren zu können. Das Motiv: Wir dürfen nicht nur auf touristische Attraktionen setzen, sondern müssen dem anhaltenden Einwohnerschwund gezielt entgegenwirken.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die einhellige Zustimmung des Parlaments zu der von uns initiierten Neubürgeragentur zeigt, dass wir Sozialdemokraten mit unserer Analyse richtig gelegen und offenbar auch die richtigen Konsequenzen im Interesse Bremens und Bremerhavens gezogen haben.

(B) Das Musicaltheater am Richtweg mit „Jekyll und Hyde“ war eines der angeschobenen touristischen Großprojekte aus der Anfangsphase der Sanierungspolitik, und es war bisher keine Erfolgsgeschichte. Das müssen wir heute erkennen. Ich empfinde es als Stärke und nicht als Schwäche dieser Koalition, das eingestehen zu können und daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Die große Koalition ist, wenn auch unter gewissen Mühen, in der vergangenen Woche der von uns Sozialdemokraten immer vertretenen Linie gefolgt und hat den Schluss gezogen – –.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/
Die Grünen]: Das hört sich bei Herrn Eckhoff aber tendenziell anders an!)

Das habe ich nicht anders verstanden, Frau Dr. Trüpel! Die Koalition hat in der vergangenen Woche die Schlussfolgerung gezogen, das Musicaltheater ist vor einiger Zeit in die Verantwortung eines privaten Betreibers übergegangen, zusätzliches öffentliches Geld, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, gibt es nicht!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn der private Betreiber zum Ergebnis kommt, dass am Richtweg ein Musical mit wirtschaftlichem Erfolg anzubieten ist,

(C) dann werden wir uns darüber sehr freuen. Wenn der private Betreiber dagegen zum Ergebnis kommt, dass am Richtweg ein Musical nicht mit wirtschaftlichem Erfolg anzubieten ist, dann müssen wir das akzeptieren.

Das Fazit heißt dann für uns: Mit der Investition in das Musicaltheater ist die Stadt ein Risiko eingegangen, und der Erfolg ist ausgeblieben. Dann, und erst dann, meine Damen und Herren, kann sich die öffentliche Hand in der Pflicht sehen, das Invest am Richtweg nicht zu einer Investitionsruine werden zu lassen, sondern vorbereitete, kluge Alternativkonzepte vorzustellen. Dass das leicht sein wird, soll niemand sagen. „Hair“ ist ja nicht das erste Projekt, das am Richtweg in Not geraten ist, aber der Erfolg und die Zukunft des Sanierungsprogramms hängen nicht vom Erfolg eines einzelnen Projektes wie des Musicals ab. Das werden doch auch die Gegner nicht ernsthaft behaupten wollen. Die Geschichte des Musicals ist aber natürlich nicht geeignet, zu business as usual zurückzukehren. Das werden wir Sozialdemokraten auf keinen Fall zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Die letzten Wochen haben wieder einmal deutlich gemacht, dass die parlamentarische Kontrolle bedeutsamer Projekte und Politikbereiche in Bremen unzureichend entwickelt ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(D) Der Fall des Musicaltheaters zeigt, dass wir die privatwirtschaftliche Organisation staatlicher Aufgaben womöglich in anfänglicher Euphorie offenbar zu weit getrieben haben. Die HVG beispielsweise agiert für das Wirtschaftsressort. Dennoch haben Parlamentarier erhebliche Schwierigkeiten, die für ihre Entscheidungen erforderlichen konkreten und detaillierten Informationen von dieser Gesellschaft zu erhalten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zwar halten wir es unverändert für sinnvoll, dass sich die Legislative nicht mit den Alltäglichkeiten der Exekutive befasst. Der Haushaltssouverän, das Parlament muss aber jederzeit in der Lage sein, sämtliche ihm entscheidungsrelevant erscheinenden Daten einzufordern und zu erhalten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich füge hinzu, die parlamentarischen Rechte und die parlamentarische Verantwortung müssen alle Be-

- (A) reiche staatlichen Handelns, auch die organisatorisch privatisierten, umfassen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich will dieses Thema an dieser Stelle nicht ausweiten. Ich denke jedoch, es musste genannt werden, weil auch hier Ursachen für die unbefriedigende Einbeziehung des Parlaments in die Entwicklung des Musicaltheaters liegen könnten. Die Struktur dieses Problems findet sich übrigens auch in anderen, allerdings weniger krisenhaften Bereichen. Das von der SPD-Fraktion vor kurzem vorgestellte Gutachten zur parlamentarischen Kontrolle zielt daher auf die Definition und Entwicklung befriedigender und sachgerechter Formen der Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft und Senat. An der Umsetzung der Vorschläge, die die Gutachter gemacht haben, müssen wir nach meiner Überzeugung dringend gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Vor dem Hintergrund der beim Musicalprojekt gemachten schlechten Erfahrungen erscheint mir rasches Handeln unverzichtbar. Ich appelliere daher an dieser Stelle an alle Fraktionen, die zur Sicherung wirksamer parlamentarischer Kontrolle erforderlichen Korrekturen so schnell wie möglich zu beraten und zu beschließen. Das Parlament muss sich endlich ein wirksames Instrumentarium parlamentarischer Kontrolle schaffen.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dazu, meine Damen und Herren, gehört natürlich auch die parlamentarische Kontrolle über bedeutende Mittelzuwendungen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Und
Senatoren, die das ernst nehmen!)

Ich betone noch einmal, dass der Vorgang Musicaltheater, „Jekyll and Hyde“ und „Hair“ nicht mit dem heutigen Tag beendet ist. Noch sind Fragen offen, sind Fehler aufzuarbeiten, damit sie nicht noch einmal passieren. Verträge, die zum großen Teil der heutige Wirtschaftsminister nicht persönlich zu verantworten hat,

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die
Grünen]: Wer denn sonst?)

müssen analysiert werden, ob sie die Rechtspositionen der Stadt, ihrer Gremien und ihrer Haushalte genügend abgesichert oder berücksichtigt haben. Information und Beteiligung sind dabei nicht nur die

Stichworte des allgemeinen Umgangs der Bürgerschaft und des Senats, des Parlaments und der Verwaltung, sondern sie beeinflussen auch den konkreten Umgang mit dem Misstrauensantrag vom Bündnis 90/Die Grünen gegenüber dem Wirtschaftsminister.

(C)

Meine Damen und Herren, ich denke, man muss es hier aussprechen, es gibt eine persönliche Dimension, die es manchem im Hause, nicht nur in der Oppositionsfraktion, nicht immer leicht macht, konfliktlos mit Senator Hattig zusammenzuarbeiten. Das ist kein Geheimnis, sondern auch in Debatten in diesem Hause schon erkennbar geworden. Als ehemaliger Vorstandschef eines bedeutenden Unternehmens hat es Senator Hattig der großen Koalition erleichtert, sich in Wirtschaftskreisen einen guten Ruf zu erwerben und das Klima in Bremen als wirtschaftsfreundlich zu gestalten. Das ist von unschätzbarem Wert, denn Politik allein, das wissen wir doch, kann die Zukunft des Landes nicht gestalten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, im Umgang mit Parlamentariern erweist sich aber der gleiche Stil mitunter als Hürde, weil er von einem Oben und Unten ausgeht, vor allem von Aufträgen und Anweisungen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(D)

Eine gute parlamentarische Entscheidung setzt aber voraus, dass man sich im parlamentarischen Umgang auf gleicher Augenhöhe und mit ausreichendem Informationsgerüst begegnet.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, gegen diese Grundlage des Zusammenwirkens ist in der Tat verstoßen worden. Ich sage es an dieser Stelle noch einmal ganz offen, die SPD-Fraktion ist fassungslos, in welchem Umfang und mit welcher Arroganz und Unverfrorenheit leitende Beamte der Wirtschaftsbehörde parlamentarische Gremien falsch oder gar nicht informiert haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, diese Kritik richtet sich auch gegen die Geschäftsführung von Gesellschaften, für die der Senator für Wirtschaft und Häfen die Fachaufsicht ausübt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

- (A) Es ist völlig unakzeptabel, wenn solch eine Geheimhaltungspraxis gegenüber dem Parlament auch noch mit Vertrauenspflichten gegenüber Dritten gerechtfertigt werden soll, wenn Abgeordnete ihr Recht auf Akteneinsicht nur unter Strafandrohung wahrnehmen können, Herr Kollege Eckhoff.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Abgeordnete wirken in und für die Öffentlichkeit, und sie können es sich nicht gefallen lassen, Einblick in eine Akte, die sie für ihre politische Arbeit und Beurteilung brauchen, nur dann nehmen zu dürfen, wenn sie vorher unterschrieben haben, dass sie einige tausend Mark Vertragsstrafe bezahlen werden, wenn sie darüber reden. Meine Damen und Herren, das geht nicht!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, es darf auch nicht sein, dass Beschlüsse parlamentarischer Gremien von der Verwaltung und von staatlichen Gesellschaften ignoriert oder eigenmächtig verändert werden. So geht es nicht, so darf es nicht weitergehen! Das Parlament ist ebenso wie der Senat ein höchst vertrauenswürdiges Verfassungsorgan, und, lassen Sie mich das in Bezug auf eine Formulierung von Herrn Senator Hattig sagen, das Parlament ist kein schwarzes Brett, dem man sensible und vertrauliche Informationen tunlichst vorenthält.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es kann auch nicht hingenommen werden, wenn das Wirtschaftsressort an einem Donnerstag vor Parlamentariern versichern lässt, beim Musical sei alles in Ordnung, und drei Tage später der Untergang des Projektes unmittelbar bevorsteht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es kann auch nicht hingenommen werden, wenn ohne Rückkopplung mit den Parlamentariern, die über die Bewilligung von Geldern zu entscheiden haben, bei einem privaten Unternehmer der Eindruck zugelassen wird, sein unternehmerisches Risiko beim Betreiben des Musicals werde mit einem Millionenaufwand minimiert.

Meine Damen und Herren, das alles waren Fehler, und ich finde, Fehler dürfen auch als solche benannt werden, ohne daraus die Konsequenz zu ziehen, dem Senator persönlich parlamentarisch das Misstrauen auszusprechen. Wir sehen in Senator Hattig auch künftig einen Mann, der überregional

großes Ansehen genießt, größtes Ansehen genießt, und seine Reputation erfolgreich in den Dienst des Landes Bremen stellt. Der Vorzeigeunternehmer Josef Hattig hat mit seinem Eintritt in den Senat wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Bremer Landesregierung auch im Unternehmerlager großer Akzeptanz und positiver Resonanz erfreut. Wir alle profitieren davon, dass Senator Hattig republikweit als Garant einer verlässlichen und effizienten Wirtschaftspolitik gilt. Für den Erfolg unseres Sanierungskurses sind die große wirtschaftliche Kompetenz und das hohe persönliche Ansehen Josef Hattigs nicht hoch genug zu bewerten.

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Zu-
ruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bünd-
nis 90/Die Grünen])

Frau Dr. Trüpel, es gibt immer ein Sowohl-als-auch und nicht nur eine Farbe!

Meine Damen und Herren, als in der Führung betrieblicher Hierarchien erfahrener Unternehmer hat Senator Hattig möglicherweise die Eigendynamik einer großen Behörde unterschätzt. Wer jahrzehntelang Entscheidungen getroffen hat, deren Verbindlichkeit außer Frage stand, wird zudem die Vielschichtigkeit politischer Abstimmungsprozesse nicht immer als ausreichend effizient empfinden. Auch wir haben einen Kollegen in unseren Reihen, den Unternehmer Andreas Kottisch, dem es mitunter ähnlich geht, wie ich es eben formuliert habe.

(D)

Meine Damen und Herren, die nächsten Wochen, in denen es um Aufklärung in der Deputation und um Konzepte für die Zukunft wie etwa des auch vom Kollegen Eckhoff angesprochenen Standortmarketings gehen muss, werden Gelegenheit geben, durch transparente Beteiligung und frühzeitige und umfassende Informationspolitik das notwendige Vertrauen in das Wirtschaftsressort wieder herzustellen. Das ist ein Angebot an den Wirtschaftsmentor und seine Behörde. Wir gehen fest davon aus, dass Senator Hattig dieses Angebot versteht und annimmt. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch für die Medien, aber nicht nur für die Medien, ist Senator Hattig ein Garant, ein Meilenstein des Misserfolges, und irgendwie erinnern mich die Skandale an das Märchen Rumpelstilzchen: Ach wie gut, dass keiner weiß, dass ich Rumpelstilzchen heiß. Jeder, aber auch jeder Verantwortliche um das Musical „Hair“ schiebt die Schuld auf andere Verantwortliche ab, und der verantwortliche Senator weist jegliche Schuld,

(A) jegliche Fehlentscheidungen, wie immer, weit von sich.

Aber ganz so leicht können Sie es sich nicht machen, Herr Senator, denn die Skandale im Land Bremen sind sehr eng mit den politischen Fehlentscheidungen des Herrn Senator Hattig verknüpft! Insofern scheint mir, dass der Herr Senator Hattig als politischer Neuling mit seinen Aufgaben sehr überfordert ist. Demzufolge ist dieser Misstrauensantrag auch schon längst überfällig.

Glauben Sie mir, meine Damen und Herren, wenn ich als noch, ich betone noch, Einzelabgeordneter die parlamentarische Möglichkeit gehabt hätte, einen Misstrauensantrag zu stellen, hätte ich schon nach dem Desaster um das Musical „Jekyll and Hyde“ im Namen der Deutschen Volksunion einen Misstrauensantrag gegen den verantwortlichen Senator gestellt. Wir wissen doch nicht erst seit gestern, dass Bremen nun einmal kein Musicalstandort ist. Sie alle haben trotzdem auf Kosten der Steuerzahler Millionen DM und Abermillionen DM sinnlos verschleudert, indem Sie sie in von vornherein gescheiterte Projekte investiert haben. Insofern erwarte ich in Kürze von der so genannten Opposition noch weitere Misstrauensanträge gegen weitere Senatoren des Senats.

(B) Meine Damen und Herren, haben die damaligen Verantwortlichen in ihrer Kurzsichtigkeit denn wirklich geglaubt, dass dieselbe Mannschaft, die schon damals das Musical „Jekyll and Hyde“ nicht vermarkten konnte, nun auf einmal „Hair“ besser vermarkten könne? Das glauben Sie doch selbst nicht! Die Schuld für ein wahrscheinliches Scheitern des Musicals „Hair“ liegt darin, dass die politisch Verantwortlichen nichts aus der Vergangenheit gelernt haben.

Dafür trägt Herr Senator Hattig nicht die alleinige Schuld, auch die jeweiligen Entscheidungsträger aller Parteien in den jeweiligen politischen Gremien sind dafür mitverantwortlich. Daher sind sie für mich auch politisch unfähige Traumtänzer. Politisch Verantwortliche, die solche Skandale auf Kosten und zu Lasten der hart arbeitenden Steuerzahler zu verantworten haben, gehören schnellstens zur Verantwortung gezogen. Sie haben es nicht verdient, vom Volk jemals wiedergewählt zu werden. Die Deutsche Volksunion wird trotz des Totschweigens durch die hiesige Medienmafia immer und zu jeder Zeit dafür sorgen, dass Skandale aufgedeckt und öffentlich gemacht werden.

Meine Damen und Herren, Sie behaupten großspurig, es werde keine zusätzlichen, man achte auf das Wort „zusätzlichen“, Steuermittel an die „Hair“-Produktion geben. Gleichzeitig erhöhen Sie den Etat für das Stadtmarketing Bremen im nächsten und übernächsten Jahr von sage und schreibe fünf Millionen DM auf 15 Millionen DM! Mit diesen zusätzlichen Millionen sollen nun BMG und HVG für Bre-

mens touristische Attraktionen werben. Laut Aussage von Herrn Neumann in der „Bild“-Zeitung, Herr Präsident, ich darf mit Ihrer Genehmigung zitieren: „Damit sind Universum, Space-Park und ausdrücklich auch das Musical ‚Hair‘ gemeint.“ Das bedeutet für mich ganz klar und deutlich, dass das Musical „Hair“ letztlich doch Gelder aus dem Steuerpotf erhält!

Ich frage mich ganz besorgt: Für wie blöde halten Sie eigentlich unsere Bürger? Mit solch faulem Kompromiss wollen Sie doch nur aus reinem Selbsterhaltungstrieb, aus Machtgier um Positionen und Posten Ihre große Koalition retten und sonst gar nichts! Aber das sage ich Ihnen gleich, solch einen schwarzen Filz macht die Deutsche Volksunion nicht mit! Ich werde im Namen der Deutschen Volksunion weiterhin rigoros im Interesse der hart arbeitenden Steuerzahler vehement dafür kämpfen, dass das Musical „Hair“ nicht weiterhin mit Millionen DM künstlich beatmet wird.

Meine Damen und Herren, Bremen ist keine und wird auch keine Musicalstadt werden, weil die politisch Verantwortlichen weiterhin schlafen werden und das Stadtmarketing weiterhin völlig versagen wird. Deshalb hat Bremen auch nicht einmal einen schlechten Ruf, Bremen hat überhaupt keinen Ruf. Das ist noch viel schlimmer!

Glauben Sie nicht, indem die Stadt Bremerhaven durch diese Maßnahmen zusätzlich Geld für touristische Attraktionen erhält, dass dadurch das skandalöse politische Fehlverhalten um die gescheiterte Fähransiedlung in Bremerhaven schnell vergessen wird! Meine Damen und Herren, die Deutsche Volksunion wird schon dafür sorgen, dass dieses Desaster in Bremerhaven niemals vergessen wird, denn der wirtschaftliche und finanzielle Schaden für die Stadt Bremerhaven, für seine Bevölkerung ist unermesslich. Nach eigenen Angaben der dänischen Reederei hätten jährlich zirka 40 000 Engländer Bremerhaven besucht. Das, meine Damen und Herren, sind nur englische Besucher, von den zahlreichen Besuchern anderer Nationen ganz zu schweigen!

Durch diese Tatsachen sind Restaurants, Kneipen, Hotels, Taxifahrer, Museen und der Einzelhandel die wahren Opfer Ihrer verfehlten und gescheiterten Bremer Ansiedlungspolitik. Herr Senator Hattig, ich werde im Namen der Deutschen Volksunion dafür sorgen, dass Sie niemals vergessen werden, dass Sie als Senator für Häfen und Wirtschaft auch zum Wohle und im Interesse der Stadt Bremerhaven politische Verantwortung tragen, nicht nur für die Stadt Bremen!

Des Weiteren werde ich im Namen der Deutschen Volksunion dafür sorgen und vehement dafür kämpfen, dass die Stadt Bremerhaven nicht weiterhin durch eine verfehlte Bremer Senatpolitik wirtschaftlich und finanziell durch Bremen geknechtet wird. Die Stadt Bremerhaven und die Bürger haben es

(C)

(D)

(A) nicht verdient, durch Ihre verfehlte Politik weiterhin leiden zu müssen und durch Bremen ungerecht behandelt zu werden. Ich habe absolut keinen Grund, an der Aussage der Geschäftsführerin der dänischen Reederei, Frau Wald, zu zweifeln, die laut Aussage in der „Nordsee-Zeitung“ den Wechsel nach Cuxhaven damit begründet, dass sich Niedersachsen mehr um die Fährlinie bemüht habe als das Land Bremen. Das war wieder einmal Bremer Politik auf Kosten und zu Lasten Bremerhavens und seiner Bürger!

Meine Damen und Herren, allein die Tatsache, dass die Abgeordneten vom Bündnis 90/Die Grünen hier leider nur wegen der Bremer „Hair“-Pleite, aber nicht wegen der Bremerhavener Fähransiedlungspleite hier einen Misstrauensantrag gestellt haben, zeigt mir als Bremerhavener ganz deutlich, dass den Abgeordneten vom Bündnis 90/Die Grünen die Sorgen und Interessen der Bremerhavener Bürger und der Stadt Bremerhaven völlig egal und nebensächlich sind. Dafür sollten sich gerade die Bremerhavener Abgeordneten zutiefst schämen.

Das, meine Damen und Herren, ist ein weiterer Skandal Ihrer verfehlten Politik gegenüber der Stadt Bremerhaven. Dagegen werde ich als Bremerhavener Landtagsabgeordneter immer und zu jeder Zeit lauthals das Wort ergreifen. Ich werde im Gegensatz zu Ihnen niemals meine politische Verantwortung gegenüber der Stadt Bremerhaven und ihren Bürgern vergessen. Das bin ich der Stadt Bremerhaven und ihren Bürgern schuldig.

(B) Dass Sie Ihre Verantwortung gegenüber der Stadt Bremerhaven niemals, aber auch niemals vergessen werden, dafür werde ich im Namen der Deutschen Volkunion hier in der Bremischen Bürgerschaft auch weiterhin lauthals sorgen. Dafür bin ich von vielen Bremerhavener Bürgern gewählt worden, und ich kann Ihnen jetzt schon einmal versprechen: Ich halte meine Versprechen immer und zu jeder Zeit, auch – im Gegensatz zu Ihnen – nach den Wahlen!

Meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, Sie haben diesen Misstrauensantrag doch nur eingebracht, um sich der SPD als zukünftiger Koalitionspartner anzubiedern. Ihnen geht es wahrscheinlich gar nicht um die Sache, Ihnen geht es nur darum, als wahrscheinlicher Koalitionspartner der SPD heute schon die Grünen-Kooperation mit ihren Posten und Pöstchen für eine rotgrüne Filzpolitik zu sichern und um sonst gar nichts. Wie ernst Sie das mit Ihrem Misstrauensantrag meinen, können Sie in der nächsten Sitzung beweisen. Ich werde in dieser Woche noch einen Antrag einbringen, und ich hoffe auf Ihre Zustimmung. Dann können Sie beweisen, wie ernst Sie das mit Ihrem Misstrauensantrag meinen. – Ich bedanke mich!

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, Sie haben in Ihrer Rede das Wort „Medienmafia“ benutzt. Dafür rufe ich Sie zur Ordnung auf. Sie ha-

ben damit eine Berufsgruppe der Kriminalisierung ausgesetzt. (C)

Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe sehr genau hingehört, als die drei Sprecher sich mit der gegenwärtigen Antragslage auseinander gesetzt haben. Frau Trüpel wird es nicht wundern, wenn ich mit ihr anfangen.

Frau Trüpel, ich habe den Eindruck, Ihnen passt die ganze Richtung nicht. Sie wollen eigentlich sagen: Nun hört endlich auf mit all dem, was ihr da gemacht habt!

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/ Die Grünen]: Nein, mit dem Universum sollt ihr weitermachen!)

Sie sagen, Sie hätten eine große Zustimmung in der Bevölkerung dafür gefunden. Zugleich ärgern Sie sich über die große Mehrheit, die die große Koalition hat. Irgendetwas müssen wir beide da falsch gemacht haben: Entweder haben wir eine große Mehrheit, dann haben wir die Wähler hinter uns, oder wir haben sie nicht. Das müssen Sie doch erklären.

(Zuruf der Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]) (D)

Frau Trüpel, Sie können doch nicht der großen Koalition vorwerfen, dass sie vor zwei Jahren so einen tollen Wahlerfolg gehabt hat, und sagen: Ich weiß es besser, weil ich die Leute besser kenne! Verstehen Sie, was ich meine?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir werden kritisch begleitet, nicht nur von der Opposition, nicht nur von den Grünen, sondern wir werden natürlich auch öffentlich begleitet. Wir sind nicht so dämlich, das zu übersehen. Eines darf man aber, denke ich, ohne Selbstüberheblichkeit oder Großmannssucht, das haben Sie gesagt, wirklich selbstkritisch sagen: Wir haben es in den letzten Jahren geschafft, mit einer großen Zahl von gelungenen Projekten dieses Land aus einer schwierigen Lage herauszusteuern!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sie wissen genau, wie das war, weil wir damals zusammen in einer Regierung gesessen haben. Wir haben das beide nicht besonders amüsant gefunden, was wir in der damaligen Regierung miteinander zu

(A) beraten hatten. Es kam nicht von ungefähr, dass wir damals wirklich eingebrochen sind. Das können wir doch nicht wegleugnen. Das können wir auch nicht vergessen machen, sondern das ist der Hintergrund. Ohne diesen Einbruch der Ampel gäbe es keine große Koalition. Wir haben es in der Ampel wirklich nicht fertig gebracht, unseren beiden Städten die so dringend von den Menschen gewünschte, dringend von der Politik geforderte Wende, ein positives wachstumsorientiertes und natürlich auch wirtschaftswachstumsorientiertes Gesamtpaket zu bringen. Das haben wir nicht geschafft. Wir sind richtig abgewählt worden. Darum denke ich, wenn man mit Zustimmung in der Bevölkerung argumentiert, dann darf man doch diese Linie nicht aus den Augen verlieren.

Man darf sich nicht, wenn eine Sache schwierig geworden ist, und das ist unübersehbar, dass die Musicalgeschichte von „Jekyll and Hyde“ und von „Hair“ keine vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung für die große Koalition ist, aus dem Kurs bringen lassen. Dass Sie Spaß daran haben, ist noch lange nicht die Garantie dafür, dass wir mit diesem Spaß das, was die Menschen von uns wollen, nämlich diese beiden Städte aus ihrer schwierigen Lage herauszuholen, erreichen. Während die Konjunktur insgesamt – nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch europa- und weltweit – stagniert, wo alle wirklich rätseln, wie es weitergeht, und die Menschen massenhaft entlassen werden – Boeing entlässt 35 000 Menschen auf einmal –, halten sie bei uns die Menschen und versuchen, mit den Gewerkschaftern zusammen Verträge zu erreichen, damit sie die Wirtschaftsdelle überwinden, in der wir im Augenblick stecken und der wir alle mit anhaltendem Atem und natürlich mit der Hoffnung, dass wir da heraus kommen, begegnen. Das brauchen wir!

(B) Wir brauchen diese positive Einschätzung bei uns im Land, dass es uns gelingt – natürlich nicht allein, Politik allein kann das gar nicht machen, aber bitte sehr mit den Menschen zusammen –, das zu schaffen. Da dürfen wir bei solchen schwierigen Lagen wie beim Musical nicht kopflös werden. Wir dürfen nicht den Griffel aus der Hand legen und sagen: Jetzt passt uns die Richtung nicht mehr, wir verlassen das Konzept. Was kommt eigentlich dann? Dann haben Sie einen Oppositionserfolg, weil Sie gesagt haben: Seht, das haben wir schon immer gesagt! Was sagen aber die Menschen, wenn wir sagen, wir haben plötzlich die Lust an unserem Sanierungskonzept verloren, wir haben die Lust an unserem Wirtschaftspaket verloren?

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Bürgermeister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel?

Bürgermeister Dr. Scherf: Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Frau Abgeordnete!

(C)

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Scherf, in unserem Bundesland ist es ja immer besonders illuster, im Verhältnis von der großen Koalition noch einmal auf die Ampel zu sprechen zu kommen. Da Sie das jetzt auch wieder getan haben, möchte ich Ihnen gern eine Frage stellen, da wir beide an dieser Ampel beteiligt waren!

Wir haben etliches Gutes auf den Weg gebracht, aber wir haben auch Fehler gemacht. Sie nehmen genauso für sich in Anspruch wie ich, obwohl Sie Mitglied der Ampel waren, dass Sie hinterher für diese Stadt noch politisch erfolgreich arbeiten können und Sie versuchen, es besser zu machen. Genau das nehme ich trotz der Erfolge, die wir auch hatten, auch für mich in Anspruch. Ich möchte Ihnen noch einmal deutlich sagen: Ich habe auch heute nicht die Wirtschaftspolitik der großen Koalition als Ganzes diskreditiert, sondern ich habe mir die Projekte herausgesucht, die nach meiner Meinung mangelhaft sind, und das, glaube ich, muss man sagen, auch wenn das eigene Herz für den Standort Bremen schlägt. Um nichts anderes geht es: Es geht um die Fehler, und es geht nicht darum, eine Polemik gegen Bremen zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Dr. Scherf: In Ordnung! Das ist eine Klarstellung! Ich will das akzeptieren. Ich habe Sie vorhin so verstanden, als ob Sie sagen, wir sind vor einem Dominoeffekt. Jetzt ist der Dominostein mit dem Musical richtig gefallen, und nun – Ihr Lebenspartner nickt heftig –

(D)

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU)

wirft dieser Dominostein plötzlich auch die nächsten Steine um. So habe ich Sie verstanden. Vielleicht klären Sie das einmal zu Hause!

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU)

Wenn Sie das korrigieren, bin ich sehr damit einverstanden! Ich möchte gern verhindern, dass wir Dominoeffekte haben. Ich finde, das ist auch unsere Aufgabe. Wir sind doch verantwortlich gegenüber dem Gesamten. Sie auch, wir auch! Das ist eine etwas andere Rolle, wenn man das aus der Opposition macht. Wir müssen alles tun, damit dieser Dominoeffekt, der befürchtet wird, nicht eintritt. Wir müssen Fehler korrigieren, wir müssen Probleme wirklich identifizieren und als identifizierte Probleme bearbeiten, aber wir müssen verhindern, dass uns das so ins Rutschen bringt, dass es plötzlich keinen Halt mehr gibt. Darum bin ich dankbar dafür, dass die Erklärungen, die beide Fraktionsvorsitzenden der großen Koalition gegeben haben, dies heute klarstellen.

(A) Bei dem kritischen Aufarbeiten unserer Musicalgeschichte muss man feststellen, wir werden nicht kopflos und sagen nicht, uns fehlt der politische Mut, über eine solche Sache hinwegzukommen, uns fehlen der politische Mut und die politische Gestaltungskraft, weitere übrigens auch schwierige Projekte anzugehen. Glauben Sie doch nur nicht, dass man in sanierungspolitischen Zeiten und dann noch in dieser Konkurrenz in der Bundesrepublik untereinander nur hundertfünfzigprozentige Sachen nach Bremen und Bremerhaven bekommen könnte! Wenn wir das erhoffen, dann passiert gar nichts. Dann sagen wir: Leider nicht! Leider haben sich die Bedenkenträger wieder durchgesetzt!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir haben, denke ich, nur eine Chance, diesen Aufholwettbewerb, in dem wir mittendrin sind, zu gewinnen. Wir sind mittendrin, wir haben ein paar gute Jahre, aber wir müssen weitere gute Jahre haben, und wir müssen in diesem Aufholwettbewerb risikobewusst sein. Wir dürfen nicht, wenn uns ein Risiko präsentiert wird, die Flucht ergreifen und sagen, kommt uns bloß nicht mit Risiken. Dann kommt Frau Trüpel und macht wieder einen Misstrauensantrag. Nein, nein!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(B) Wir müssen die Kraft haben und untereinander halten und uns selbstkritisch qualifizieren, dass wir die Chancen, die begrenzt sind, nutzen.

(Zuruf der Abg. Frau S t a h m a n n
[Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, erstens bin ich froh, dass wir zusammenbleiben. Stellen Sie sich das einmal vor! Ich bin nämlich von denen gewählt worden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hätte mich auch enttäuscht! Etwas anderes hätte ich Ihnen auch nicht zugebraut!)

Ich würde ja gern mit Ihnen sehr viele gute, gemeinsame Sachen machen,

(Heiterkeit)

aber Sie bringen uns doch nicht aus diesem Einvernehmen, das wir nun auch angesichts dieses Misstrauensvotums wieder praktizieren und belasten müssen. Wir sind keine Schönwetterkoalition, sondern wir sind eine Koalition im schweren Wetter. Wir müssen in diesem schweren Wetter natürlich zusam-

menbleiben und müssen in dem schweren Wetter scharf auf den Kurs achten. Wir dürfen unsere Ziele nicht aus den Augen verlieren, und wir wären von allen guten Geistern verlassen, wenn uns das jetzt plötzlich passierte und wir von Bord gingen.

Es ist übrigens nicht besonders angenehm, wenn man von Bord geht, dann landet man möglicherweise nicht am festen Ufer. Darum sage ich einmal, und ich bin froh darüber, wir müssen zusammenbleiben, und wir müssen den eingeschlagenen Kurs einhalten. Das erwartet übrigens nicht nur die Bevölkerung in Bremen und Bremerhaven von uns, das erwarten die Bundesländer von uns, die das begleiten, das erwartet die Bundesregierung. Selbst Ihnen sehr Vertraute in der Bundesregierung erwarten von uns, dass wir uns bitte sehr nicht verrückt machen lassen, sondern dass wir bitte in dieser schwierigen Lage, in der es im Bundesrat für nichts mehr Mehrheiten gibt – lassen Sie sich das einmal durch den Kopf gehen! –, den Kurs halten. Das tun wir, und darauf ist Verlass! Das möchte ich als Eingang für den Senat sagen, damit Sie damit leben und arbeiten können.

Jetzt zu dem konkreten Projekt! Es ist kein Projekt, das Herr Hattig entwickelt hat, sondern ich erinnere mich sehr genau, liebe Frau Trüpel, dass Herr Jäger in der Ampel versucht hat, uns davon zu überzeugen. Wir waren sehr streitig, das kann man sagen. Wir wollten das damals möglichst nicht. Er hat das aber erfunden, und es war seine Idee, wie er übrigens auch den Space-Park erfunden hat. Er hat das inzwischen vergessen. Nun ist er nicht hier, kann sich nicht wehren, aber wenn er das einmal öffentlich sagt, werde ich ihn daran erinnern. Jetzt, wenn wir das mühselig umsetzen, kann er nicht so tun, als ob er daran keine Anteile hat.

Herr Hattig sagt manchmal: Ich bin der Notarzt dieser Projekte und nicht der Patient, nicht das Problem. Ich verstehe mich als Arzt, solche schwierig begonnenen, schwierig angedachten, mit Gutachten unterlegten, mit Investoren verhandelten Projekte, die aber stehen geblieben waren, voranzubringen. So verstehe ich ihn, so erlebe ich ihn. Ich erlebe auch, dass ihm diese Art, etwas wieder auf die Reihe zu bringen, nicht nur Spaß bereitet. Das ist auch für ihn kein vergnügungssteuerliches Unterfangen.

Also: Wir hatten die Einschätzung und haben uns ermutigen lassen durch die Investoren. Ich persönlich weiß doch gar nicht, worum es im Musicalgeschäft geht. Ich bin kein Fan von Musicals. Ich gehe lieber zu den Kammerphilharmonikern. Ich bin nicht einer, der da emotionale Anteile hat, aber wenn mir gesagt wird, das ist ein Markt, und es wird mit Gutachten unterlegt, und es gibt Investoren, die Erfolg haben, und wenn die Produktionen an anderen Plätzen Erfolg haben, muss man sich das dreimal durch den Kopf gehen lassen. Es ist hier ja kein Schrott produziert worden, sondern es ist zweimal gelun-

- (A) gen, angesehene Produktionen nach Bremen zu ziehen, sagen die Fachleute. Ich bin nicht in Wien gewesen, aber in Wien soll „Jekyll and Hyde“ eine richtige Erfolgsgeschichte sein.

(Zurufe von der SPD: „Hair“ !)

„Hair“ war das und „Jekyll and Hyde“ jetzt auch! „Jekyll and Hyde“ ist ja nach Wien gekommen, und alle, die das besser wissen als ich, sagen, es ist ein richtiger Erfolg. Wir sind nicht auf irgendwelche Leimruten gegangen, sondern wir haben Projekte von Investoren angeboten bekommen, die von der Produktion her in der Fachöffentlichkeit ihre Resonanz haben.

Dann hat sich herausgestellt, dass die Marktlage anders ist als erwartet. Das ist bitter, das ist besonders bitter für Investoren, wenn sie merken, sie haben sich exponiert, und plötzlich bleiben die erwarteten Zuschauerzahlen aus. Sie haben vorhin Prognosezahlen zitiert. Mit diesen sind sie zu den Bankern gegangen und haben versucht, Finanzierungen zu organisieren. Wie anders geht es sonst? Wenn ich sage, mein Projekt taugt nichts, bekomme ich keine Mark geliehen, keinen Kredit, gar nichts! Ich muss schon eine Plausibilität in mein Projekt hineinbekommen, sonst ist keiner dabei. Also gibt es eine Fehleinschätzung über den tatsächlich erreichbaren Markt. Das kann ich doch jetzt nicht schönreden. Das ist so! Also muss man daraus die richtigen Schlüsse ziehen.

- (B) Unter dem Strich bleibt, Herr Böhrnsen hat das gesagt, wir haben dieses Theater da. Das Theater ist übrigens ein gelungenes Theater. Das ist eine schöne Liegenschaft, das ist ein Schmuckstück. Das ist nicht irgendeine Bruchbude, sondern das ist etwas Gelungenes. Vorher, erinnern Sie sich auch daran, haben wir da auch keine Erfolgsgeschichten geschrieben. Es gab schon unangenehme Vorgeschichten. Wir haben es mit einem schwierigen Projekt, mit einer schwierigen Ecke zu tun, aber wir müssen sorgfältig abwägen, damit uns da nicht eine Sache auf Dauer misslingt. Darum bitte ich, und das habe ich aus Ihren beiden Reden herausgehört, dass Sie da alle Vernunft, die wir brauchen, auch unternehmerische Vernunft, auch unternehmerisches Risiko versuchen abzuwägen, um da keinen Stillstand zu erreichen.

Sie kritisieren, und in dem Punkt haben Sie auch Jens Böhrnsen auf Ihrer Seite, den Umgang und die parlamentarische Begleitung. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, haben wir in 14 Tagen Termin beim Staatsgerichtshof mit genau diesem Problem. Deshalb ist es ein bisschen kompliziert, wenn wir jetzt so tun, als wenn wir am Anfang dieses Problems sind. Wir sind mitten darin. Ich würde bei Ihnen jetzt ungern den Eindruck erwecken, als ob ich ein Plädoyer vor dem Staatsgerichtshof zu dem Verfahren halte. Ich will nur eines sagen: Die Gutachten und Schriftsätze, die uns bisher in diesem Staatsgerichts-

hofverfahren vorgelegt worden sind, machen bei mir, auch wenn ich die Schreiber alle sehr gut kenne, mit einigen bin ich sogar sehr persönlich befreundet, nicht den Eindruck, dass wir hier ein fundamentales verfassungsrechtliches Problem haben. Vielmehr haben wir die Möglichkeit, alle Verabredungen über parlamentarische Begleitung einzuhalten, die wir bei diesem Prozedere, unseren wirtschaftsstrategischen schwierigen komplizierten Bereich in neuen Rechtsformen zu optimieren, eingegangen sind. Das haben wir ja gemeinsam gewollt und gemeinsam gemacht, wir wollen näher an den Markt, weil wir in der Konkurrenz zu anderen Plätzen dadurch ein Stück beweglicher, erfolgreicher, näher an den risikobewussten Investoren sind, die uns anschauen und begleiten und sagen, hält das oder hält das nicht.

Ich bin davon überzeugt nach dem, was ich durch das Mitlesen mitbekommen habe, dass wir kein fundamentales verfassungsrechtliches Problem haben. Wir haben möglicherweise ein Problem des Umgangs miteinander, des gegenseitigen Ertragens, des gegenseitigen Akzeptierens, des Sich-gegenseitig-Aushaltens. Da geht es mir so ähnlich wie den beiden Fraktionsvorsitzenden der großen Koalition, dass ich mich auch in den Kopf von Josef Hattig hineinversetze. Er ist keiner wie wir anderen alle, der sich jahrelang im Parlament die Ecken abgearbeitet hat – oder wie nennt man das? –, sich das dicke Fell zugelegt hat, das wir alle brauchen, damit wir hier weiterarbeiten können. Vielmehr ist es uns gelungen, mit Josef Hattig jemanden direkt aus der Wirtschaft, aus einem ganz anderen kulturellen Milieu heraus zu gewinnen für diese Landesregierung. Das ist ein ganz großer Vorteil für die Landesregierung.

Ich weiß noch, wie Bundeskanzler Kohl mich damals beneidet hat, dass das gelungen ist. Ich weiß sogar, wie der gegenwärtige Kanzler, der mir nun näher steht, uns beneidet darum. Das muss man sich doch einmal durch den Kopf gehen lassen. Ich kenne Ministerpräsidentenkollegen, die mich fragen, wie habt ihr das denn hinbekommen. Das sind nicht persönliche Freunde von Herrn Hattig, sondern sie wissen, dass es der Landesregierung ungewöhnlich gut ansteht, dass sie jemanden mit dieser Unternehmenskompetenz, mit diesem Kopf, auch mit dieser Art, risikobewusst vorzugehen, hat.

Da müssen wir einfach Geduld miteinander haben. Ich habe es Herrn Hattig auch versprochen. Ich bin ja nun der Langgediente hier, und er ist derjenige, der sich hier eingewöhnen muss. Ich gehe davon aus, dass wir das schaffen, vielleicht nicht sofort beim ersten Anlauf, das kann auch passieren. Ich habe hier auch schon viele Fehler gemacht, habe Abgeordnete beschimpft und mich anschließend entschuldigt. Das ist doch alles möglich und leider möglich, will ich dann entschuldigenderweise sagen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(C)

(D)

(A) Aber wir arbeiten hier auf Tuchfühlung. Wir sind hier nahe beieinander. Dieser Stadtstaat lebt nicht aus Distanz, sondern aus Nähe. Es ist nach wie vor ein ganz großer Gewinn für die Landesregierung, ich denke auch für die Öffentlichkeit, für das, was wir Freie Hansestadt Bremen nennen, dass es uns gelungen ist, einen so exponierten Unternehmer in die Alltagsarbeit einer Landesregierung und in den Alltag der Bürokratie zu bekommen. Ich kann es mir richtig vorstellen, wie es bei den internen Beratungen geht. Ich war nie dabei, aber ich kann es mir vorstellen, dass es für alle Beteiligten kompliziert ist, weil das alles gewöhnungsbedürftig ist. Jetzt nicken sogar die CDU-Leute, und ich denke, auch Sie haben diese Erfahrung, sich kennen zu lernen und miteinander umzugehen und dann den gemeinsamen Nutzen zu bekommen. Nur Hermann Kuhn schüttelt den Kopf. Er hat keine Gewöhnungsprobleme, aber das muss ich aushalten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU –
Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich rede über Ihren Misstrauensantrag, wenn Sie das noch nicht mitbekommen haben, und ich rede darüber, dass wir selbstkritisch genug mit dem Kollegen – –.

(B) (Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/
Die Grünen])

Lieber Herr Kuhn, Sie müssen aushalten, dass Ihr Misstrauensantrag keinen Erfolg hat, stellen Sie sich das einmal vor!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich möchte gern, dass Sie uns im Senat, den Kollegen Hattig in unserer Mitte, als eine Regierung erleben, die natürlich mit dem Parlament, mit den Parlamentsfraktionen, mit der Opposition, natürlich auch in den Gremien der Deputationen, in den Ausschüssen und natürlich auch in den parlamentarischen Begleitungen unserer outgesourcten Unternehmen offen und fair miteinander umgeht. Wir wollen aus Missstimmungen lernen. Wir sind nicht borniert, lieber Jens Böhrnsen. Wir sind nicht auf einem Rechtfertigungstrip und sagen, wir haben noch nie einen Fehler gemacht. Nein, wir wollen voneinander lernen, weil das für uns insgesamt gut ist. Wir können uns an diesem Punkt ein Stück optimieren. Wir können ein Stück vorankommen, und wir können ein Stück zusätzliche Gestaltungsmöglichkeit für das Land und auch für Bremerhaven bekommen.

Wenn der DVU-Sprecher sagt, er sei der Einzige, der für Bremerhaven kämpft, so kenne ich viele andere, die das mit mehr Einsatz, mit Aufrichtigkeit,

mit direktem Umgang, mit Ehrlichkeit, mit Offenheit täglich machen. (C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir wären von allen guten Geistern verlassen, wenn wir den Eindruck erwecken würden, hier gäbe es niemanden mehr, der für Bremerhaven kämpft. Darum ist das mit dem Marketingkonzept auch eine richtige Antwort.

Helga Trüpel hat gesagt, das sei ein richtig billiger Koalitionstrick. Wenn Ihnen gar nichts mehr einfällt, greifen Sie in die Propagandaschatulle. Nein, liebe Helga Trüpel, ich habe gehört, Sie wollten sich auf diesem Feld außerparlamentarisch qualifizieren und engagieren. Darum hoffe ich, dass es ankommt, weil ich denke, es ist wichtig. Es gehört mit zu einem guten landespolitischen, stadtpolitischen Wachstumskonzept, wenn wir im Marketing nach außen wie nach innen besser werden. Das gilt insbesondere für Bremerhaven. Wir müssen in Bremerhaven innen wie außen ein positives Klima organisieren. Die Leute müssen sich in der Stadt wohl fühlen. Sie müssen wissen, es geht voran.

Wir haben gute Projekte, wir kommen mit den guten Projekten voran. Wir bekommen zusätzliche Leute in die Stadt hinein. Das, was wir in Bremen inzwischen geschafft haben, dass wir einen positiven Wanderungssaldo bekommen haben, das wollen wir genauso in Bremerhaven bewirken. Wir wollen uns doch nicht gegeneinander ausspielen, sondern wir wollen das genauso, wie das bei uns auf den Weg gebracht ist, auch in Bremerhaven. (D)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Darum ist es richtig, wenn wir Bremerhaven einbeziehen in diesen Koalitionskompromiss. Wir wollen das gemeinsam machen. Die Leute werden uns nicht, weil wir gegeneinander Hetzreden halten, in Zukunft unterstützen, sondern sie werden uns weiter unterstützen, wenn sie wissen, dass auf uns Verlass ist und wir auch durchhalten, wenn der Wind von vorn kommt, auch in schwerem Wasser, dass wir kurssicher sind und niemanden über Bord gehen lassen. Ich danke Ihnen dafür, wenn Sie nachher mit dem breiten angekündigten Votum dieses Misstrauensvotum ablehnen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur ein Satz! Ich finde nicht, dass es hier in Redebeiträge gehört, wer mit wem zusammenlebt oder zusammen

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) ist oder wer sich wie beruflich betätigt, vor allen Dingen, wenn es in einem solchen Stil geschieht, auch Leute herabzusetzen. Ich bin damit nicht einverstanden, Herr Bürgermeister, dass Sie das hier über Mitglieder meiner Fraktion so zum Thema machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als Erstes möchte ich mich bei der großen Koalition, also bei Herrn Eckhoff und Herrn Böhrnsen und bei den Mitgliedern ihrer Fraktionen, die unsere Anträge auf Einberufung einer Sondersitzung und unseren Antrag, Herrn Senator Hattig das Misstrauen auszusprechen, unterschrieben haben, bedanken. Es ist fair absprachegemäß ohne zeitliche Verzögerung passiert, und das war für uns eine gute Erfahrung, dass es hier doch noch Sachen gibt, auf die man sich verlassen kann. Im Namen meiner Fraktion möchte ich mich hier noch einmal ausdrücklich bei Ihnen bedanken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Zu Herrn Tittmann möchte ich nur einen Satz sagen, das andere hat Herr Bürgermeister Scherf schon getan. Sich hier als Retter Bremerhavens aufzuspielen ist das eine, das andere sind die Taten, und Sie nützen dem Standort Bremerhaven nicht, wenn Sie auf falschen Informationen beruhend, bloß um hier üble Nachrede zu betreiben, den Eindruck erwecken, es sei das Versagen des Wirtschaftsressorts gewesen, das die Fährschiffreederei bewogen hat, nach Cuxhaven zu gehen. Die Grünen als Opposition haben keine Hinweise darauf, und wir werden dies hier auch nicht behaupten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Zur Rede von Bürgermeister Scherf und zu der Ampel: Das spielt hier ja oft eine Rolle. Es ist schon schön, dass die Leute, die dabei waren, sich dann so unterschiedlich entwickelt haben. Dem einen wird das zum Nachteil und dem anderen zum Vorteil ausgelegt, und das Bekenntnis, ich habe mich weiterentwickelt und sehe das jetzt alles ganz anders, wird sozusagen zur Grundlage von Regierungsverantwortung. Das ist schon eine reife Leistung.

Ich sage einmal, aus meiner Sicht hat die Ampel sehr viele Sachen angeschoben und hat aus der Tatsache, dass Bremen in den Jahren davor zu wenig investiert hat, zu wenig neue Sachen angefangen und sich wenig innovativ gezeigt hat, schon die richtigen Konsequenzen gezogen. Teilweise wird uns das ja auch von Vertretern der großen Koalition vorgehalten. Wenn es gerade in den Kram passt, werden lauter Ampelprojekte entdeckt, an denen natürlich die Grünen wieder, das haben Sie jetzt gera-

de nicht gemacht, aber mit Vorliebe auch noch allein schuld sind. Da hat die Ampel die richtige Lehre gezogen. Was wir falsch gemacht haben, war, dass wir zu sehr mit Gezänk untereinander beschäftigt waren und damit, der Öffentlichkeit zu zeigen, wie schwer wir es miteinander haben.

(C)

Die Ampel sollte ja gerade eine große Koalition verhindern. Das finde ich auch immer noch, dass dies ein richtiges Ziel war. Jetzt ist aber das Problem, dass es viel Reklame gibt, dass es zu große Mehrheiten gibt und dass es zu sehr Arroganz der Macht gibt. Deshalb muss man, wenn man sich die Regierungszeit der großen Koalition anschaut, zu einer anderen Analyse kommen und kann natürlich, so wie Frau Dr. Trüpel das gesagt hat, die Lehre daraus ziehen, das sollte dann aber nicht in das Gegenteil umschlagen.

Zu Herrn Eckhoff ist es schwer, etwas zu sagen. Sie haben nämlich nur ganz am Ende Ihrer Rede zur Sache gesprochen. Sie haben Ihre Rede hier zum Haushalt und zum Sanierungskurs der großen Koalition gehalten. Sie haben sie recycelt und nehmen auch noch für sich in Anspruch, dass Sie hier Fakten nennen. Das tut Herr Senator Hattig auch immer gern, Fakten, Fakten, Fakten! Das schaut man sich dann genauer an, und dann stellt man fest, auch halbe Wahrheiten sind nicht die ganze Wahrheit. Zum Feiern der Senkung der Arbeitslosenzahlen, sage ich noch einmal, seit Beginn der rotgrünen Bundesregierung sind die Arbeitslosenzahlen in Westdeutschland um 17,8 Prozent gesunken –

(D)

(Widerspruch bei der CDU)

natürlich! – und in Bremen nur um 15 Prozent. Sie haben außerdem unterschlagen, dass die Arbeitslosenzahlen in Bremerhaven erheblich gestiegen sind.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Ja, sicher! Auch das gehört mit zum Thema. Das ist die Faktenlage!

Es ist auch Faktenlage, dass es Ihnen bei Ihrer ganzen Sanierungspolitik eben nicht gelungen ist, die Wirtschafts- und Finanzkraft Bremens überdurchschnittlich zu steigern. Es ist auch ziemlich lächerlich, jede einzelne Baustelle, die in Bremen die Leute freut oder ärgert, nun als große Tat der großen Koalition zu feiern.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Dann hätte ich zwei Stunden reden müssen, wenn ich jede Baustelle genannt hätte!)

Die Baustellen, über die gerade geredet wird, werden als Ihr Erfolg gefeiert. Das können Sie auch gern

(A) weiter machen. Die Leute finden das langsam, ehrlich gesagt, ziemlich albern.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Da haben Sie früher ganz anders gedacht,
Herr Eckhoff!)

Frau Lemke-Schulte hat da leidvolle Erfahrungen. Als Stausenatorin wurde sie von Herrn Pflugradt besonders gefeiert, und als wir uns gerade mit den Misstrauensanträgen beschäftigt haben, wurde uns das wieder in Erinnerung gerufen.

Die Krönung Ihrer Rede, Herr Eckhoff, war, dass Sie die Akteneinsicht als Information des Parlaments gesehen haben. Ist Ihnen das nicht langsam wirklich selbst peinlich? Was haben Sie eigentlich für ein Selbstverständnis als Parlamentarier?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben hier Rechte und Pflichten! Wir können uns nur die Akten anschauen, von deren Existenz wir wissen. Darüber sage ich gleich noch einmal etwas, wie das mit der Existenz der Akten ist und wie gerade die Opposition darüber informiert wird.

(B) Der Senat ist verpflichtet, von sich aus vollständig, ohne etwas wegzulassen, zu informieren. Parlamentarier müssen ziemlich begabt sein und müssen eine Menge Sachen machen, aber eine Detektivausbildung war bisher nicht die Eingangsvoraussetzung!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ihr hohes Lob auf Herrn Senator Hattig! Sagen Sie einmal, Herr Eckhoff, haben Sie nicht neulich in der „taz“ gerade selbst gesagt, dass ein jüngerer Senator für die CDU-Klientel eher besser wäre? Ich habe gedacht, auch in Ihren Reihen gäbe es erhebliche Kritik an der Arbeit dieses Senators. Sehen Sie, und das unterscheidet Sie auch einfach von den Grünen –

(Abg. T e i s e r [CDU]: Das kann er nicht
gesagt haben!)

das stand da, dann müssen Sie es dementieren! –, das unterscheidet Sie von den Grünen: Alter ist für uns nämlich kein Argument, die Qualität der Arbeit allerdings schon.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Böhrnsen, Ihren Redebeitrag fasse ich einmal so zusammen: Herr Hattig ist als Senator gescheitert, als Aushängeschild für die große Koalition wichtig. Irgendwie haben die Kritiker ja im Prinzip an allen Punkten Recht gehabt, aber die große Koalition darf jetzt nicht gefährdet werden. Das kann

ich aus Ihrer Sicht verstehen. Wir bestreiten das auch nicht, dass Sie einen überzeugenden Wählerauftrag bekommen haben. Das heißt aber heute, nach sechs Jahren großer Koalition, der Vorrat an Gemeinsamkeiten ist erschöpft.

(C)

(Abg. T e i s e r [CDU]: Noch lange nicht!)

Durchhalten bis zur Wahl wird zur ersten Pflicht in der großen Koalition, und wir wünschen Ihnen dabei viel Vergnügen. Schade um die verschenkte Zeit für unsere Stadt und unser Bundesland!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ihre Ausführungen zu den privatrechtlichen Gesellschaften haben meine Fraktion besonders gefreut. Sie können sich auch gern, wir sind da nicht so eitel, an die Spitze der Bewegung stellen. Ganz verkneifen kann ich es mir doch nicht, darauf hinzuweisen, dass der Antrag der Grünen, einen nichtständigen Parlamentsausschuss einzusetzen, um diese Fragen miteinander zu beraten, von Ihnen mit abgelehnt wurde. Wir haben auch verstanden, dass Sie ebenso wie wir der Meinung sind, dass alle Bereiche staatlichen Handelns der parlamentarischen Kontrolle zugänglich sein müssen, und ich hoffe darauf, dass wir in den nächsten Monaten zusammen Ergebnisse präsentieren können, die es vielleicht möglich machen, dass regierungstragende Fraktionen und Opposition gemeinsam in den nächsten Jahren solche Vorgänge, wie wir sie hier beim Musical gehabt haben, verhindern können.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Sache mit dem Vergleich der Kultureinrichtungen! Darüber möchte ich jetzt doch gern noch einen Satz verlieren. Der „Weser-Report“ wirft sich zurzeit ganz besonders ins Zeug. Ich fühle mich immer geehrt, wie da mit uns umgegangen wird. Ich sage einmal, auch grüne Wählerinnen und Wähler sind Kundinnen und Kunden der Unternehmen, die dort werben. Auch grüne Wählerinnen und Wähler können sich ihre Meinung über diese Art von Journalismus bilden. Wir fühlen uns geehrt, wie da mit uns umgegangen wird. Da kann man jetzt neuerdings Interviews des von mir auch geschätzten Herrn Dr. Dannemann lesen, in denen darüber geredet wird, was eigentlich mit den ganzen Kultureinrichtungen ist, und im nachhinein wird jetzt umgerubelt, wie man das eigentlich hinbekommt, dass die Zuschüsse für das Musical vielleicht doch ganz in Ordnung sind.

Da muss man sich doch noch einmal den Ablauf dieser ganzen Sache anschauen. Es hat jahrelang einen notleidenden Kulturhaushalt gegeben. Er wurde von den Grünen, aber auch noch von anderen Kolleginnen und Kollegen hier bemängelt, und

(A) zwar mit zwei zentralen Argumenten: Kultur ist unverzichtbar für die Lebensqualität in unserer Stadt, aber Kultur ist auch wichtig für die überregionale Ausstrahlung. Da ist genau an das gedacht worden, was Bremen an kulturellen Highlights hat, dass wir eine Kunsthalle haben, die sich sehen lassen kann, dass das Theater sich sehr gut entwickelt hat, all das gehört mit zu der Standortqualität Bremens.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das war aber alles nicht genug, und den Leuten einfach ein bisschen mehr Geld zu geben und zu schauen, dass man hier gemeinsam mehr Verantwortung auch in Richtung Wirtschaftsförderung und Tourismusförderung für eine Kulturentwicklung übernimmt, damit konnte ja nicht genug sein, sondern ein Wirtschaftsressort wollte es nun selbst in die Hand nehmen, den Wirtschafts- und Tourismusstandort Bremen zu entwickeln. Da spielte erst einmal ganz viel Arroganz gegenüber den bisherigen und hier bestehenden Kultureinrichtungen in Bremen eine Rolle.

Damals wurde gesagt, wir als Wirtschaftsressort präsentieren euch die privatwirtschaftlichen Lösungen. Das wird uns hier voranbringen. Wir sind nicht die Zuschussnehmer. Auch damals gab es schon so Rechnungen, wie viel Geld jeder Theaterbesucher oder jeder Kunsthallenbesucher den Staat kostet, und da wurde gesagt, wir sind diejenigen, die hier privatrechtliche Lösungen machen werden, und damit wird der Standort Bremen sich weiterentwickeln.

(B) Wo sind wir heute gelandet? Heute sind wir dabei gelandet, dass es hier niemand mehr bestreitet, dass dieses Musical, und das war von Anfang an klar, ein massiver dauerhafter Zuschussbetrieb des Staats sein wird, nur gesagt worden ist den Menschen etwas anderes, und das ist das, was uns hier so besonders erbost.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Rechenspielchen im „Weser-Report“ kann man wirklich nur noch als kabarettistisch abbuchen. Da wird Frau Dr. Trüpel und den Grünen unter die Nase gehalten, dass die Besucher des „Übermaxx“ so besonders viel kosten. Ich sage einmal, die Rechnung, dass eine Lagerhalle gar keine Besucher hat und dann da überhaupt keine Einnahmen entstehen, müsste dann ja die Konsequenz sein. Ich sage einmal, baut Lagerhallen, da kommen keine Besucher, und die müssen auch nicht bezuschusst werden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Rechenspielchen treiben wir auch noch weiter. So ein Finanzressort mit zwei Staatsräten ist irgendwie teurer als ein Finanzressort mit einem

Staatsrat, und jetzt kehren wir wieder auf ein normales Niveau zurück und reden noch über andere Themen.

(C)

Es ist also gesagt worden, es gibt für das Musical eine privatrechtliche Lösung, und das für einen Unternehmer, der beste Kontakte zur CDU hat. Das Contrescarpe-Grundstück ist ermäßigt worden, und das Ticket-Service-Center wurde – –.

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Es ist nicht ermäßigt worden! Das ist falsch!)

Das Contrescarpe-Grundstück! Es hat Bieter gegeben, die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft, die bereit war, erheblich mehr für dieses Grundstück zu bieten, und das wissen Sie auch, und im Vorfeld gehört das mit in das Paket für Herrn Schulenberg genauso wie das Ticket-Service-Center.

(Widerspruch bei der CDU)

Die ganze Sache scheint Sie ja ziemlich aufzuregen. Wir bleiben dabei!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Nein, Sie müssen schon bei der Wahrheit bleiben, Frau Kollegin!)

Dieser Deal mit Herrn Schulenberg hatte vor allen Dingen ein Motiv: Nimm uns das Problem mit dem Musical ab, und dann wird hier erzählt, man hätte, seit es das Musical „Hair“ gibt, eine privatrechtliche Lösung gefunden. Jetzt ist aber vollkommen klar, dass es Gespräche zwischen Herrn Hattig und Herrn Schulenberg gegeben hat, in denen ihm zugesagt wurde, dass erhebliche weitere Werbestrangungen gemacht werden. Ich sage einmal, das sind tolle privatrechtliche Lösungen. Da nimmt man jemandem die Reklame einfach ab.

(D)

Herr Senator Hattig, wir bleiben bei unserem Antrag. Sie sind hier als Senator gescheitert und für Bremen nicht weiter tragbar. Der bremische Haushalt soll transparent und öffentlich sein. Es ist der Kern der Demokratie, dass man aus ihm erkennen kann, welche Maßnahmen die Regierung ergreift.

(Glocke)

Präsident Weber: Ihre Redezeit ist zu Ende!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich komme zum Schluss! Sie haben das Parlament nachhaltig nicht informiert. Sie erzählen, wenn Sie gefragt werden, nur teilweise die Wahrheit, und Sie haben die Verantwortung dafür, dass Ihre Behörde wie ein Closedshop organisiert ist und das Parlament nicht informiert. Sie haben eine fehlende Distanz zu guten Bekannten wie in dem Fall Rennbahn, wie im Fall Musical und TSC und wie im Fall Daewoo. Sie

(A) haben nicht, wie man das normalerweise tun müsste, in Ihrem Haus Vorsorge getroffen, falls diese Entscheidungen gerade besonders beargwöhnt werden und ganz besonders genau geschaut wird, was da eigentlich passiert ist oder was da passieren soll, um jeden Ruch von Bremen zu nehmen, und Sie sind wirtschaftspolitisch gescheitert. Großmannssucht führt zu Fehleinschätzungen, Hochmut kommt vor dem Fall. Sie stehen für einen Sanierungskurs ohne Augenmaß. Das schadet dem Standort, und deshalb soll Ihnen das Parlament hier heute das Misstrauen aussprechen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Eckhoff, es macht sich nicht gut, wenn alle hinauslaufen, wenn die Kameras laufen!

(Abg. **E c k h o f f** [CDU]: Es geht doch keiner hinaus!)

Ich sage ja nur, gut, dass Sie Ihre Leute extra darauf hingewiesen haben!

(B) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Scherf, bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass gerade, weil Sie sich angeblich so viel für Bremerhaven einsetzen, weil angeblich so viele Bremerhavener Politiker sich für Bremerhaven einsetzen, weil Ihre Politik in Bremerhaven so gut ist, die Stadt Bremerhaven wirtschaftlich und finanziell völlig ruiniert ist! Gerade weil Ihre Politik so gut ist, ziehen so viele Bremerhavener Bürger aus Bremerhaven weg, weil Sie so gute Politik machen!

Meine Damen und Herren, alle Zahlen und Fakten belegen meine eben gemachten Ausführungen doch ganz deutlich. Das können Sie nicht wegwischen. Also, Herr Dr. Scherf, halten Sie hier bitte keine Schaufensterreden auf Kosten der Bremerhavener Bürger! Das hat die Stadt Bremerhaven und das haben ihre Bürger nicht verdient. Diese mussten jahrzehntelang genug Ihre verfehlte Politik ertragen, erleiden und erdulden.

Meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, ich weiß gar nicht, was Sie eigentlich gegen Herrn Senator Hattig haben! Eigentlich tut er ja gar nichts, aber gerade deswegen werde ich Ihrem Misstrauensantrag zustimmen. – Ich bedanke mich!

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, die Bürgerschaft (Landtag) hatte zu Beginn der Sitzung beschlossen, dass die Abstimmung geheim und in Kabinen erfolgt. Das

(C) Verfahren richtet sich dann analog nach Paragraph 58 Absätze 5 und 6 der Geschäftsordnung.

Zum Verfahren lassen Sie mich folgende Anmerkungen machen: Die Schriftführerinnen haben Stimmzettel zurückzuweisen, die außerhalb der Kabine gekennzeichnet oder in den Umschlag gelegt wurden beziehungsweise nicht in den Wahlumschlag gelegt wurden. Außerdem sind Stimmzettel zurückzuweisen, die sich in einem Wahlumschlag befinden, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Art und Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich lese Ihnen gerade das Prozedere der Abstimmung vor, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit!

Stimmzettel, die Zusätze oder Kennzeichnungen enthalten, sind ungültig, wenn sie den Willen des Abstimmenden nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Person des Wählers erkennbar wird.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Enthaltung abzustimmen. Ich bitte die Schriftführerinnen, ihre Plätze bei den Wahlkabinen einzunehmen. Die Ausgabe der Stimmzettel und Umschläge erfolgt nach Namensaufruf an dem Tisch rechts neben den Kabinen.

(D) Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass jetzt Klarheit über die Durchführung der Abstimmung besteht. Ich höre keinen Widerspruch, dann ist das der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, ihre Stimme abzugeben.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, haben alle Abgeordneten ihre Stimmzettel erhalten und abgegeben?

Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten ihre Stimmzettel erhalten und abgegeben haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann ist die Abstimmung beendet.

Wir kommen jetzt zur Auszählung der abgegebenen Stimmen. Ich bitte die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bis das Ergebnis der Auszählung vorliegt, unterbreche ich die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Unterbrechung der Sitzung 11.32 Uhr)

*

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 11.40 Uhr.

Präsident Weber: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Bevor ich das Abstimmungsergebnis bekannt gebe, weise ich darauf hin, dass gemäß Artikel 110 Absatz 3 der Landesverfassung der Beschluss auf Entziehung des Vertrauens zustande kommt, wenn die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl, das sind 51 Abgeordnete, also 51 Ja-Stimmen, zustimmt.

Ich werde jetzt das Abstimmungsergebnis bekannt geben, wie es von den Schriftführerinnen festgestellt wurde.

Ausgegebene Stimmzettel: 96, abgegebene Stimmzettel: 96! Mit Ja stimmten 13 Abgeordnete, mit Nein stimmten 80 Abgeordnete, Enthaltungen drei!

(Starker Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt damit den Antrag ab.

Weitere Tagesordnungspunkte liegen für die heutige Sitzung nicht vor.

Meine Damen und Herren, damit schließe ich die Sitzung für heute.

(Schluss der Sitzung 11.41 Uhr)

(C)

(B)

(D)